



GEMEINDE BINNINGEN

Protokoll des Einwohnerrats

X. Legislaturperiode

22. Sitzung vom 28. Februar 2011

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30 – 22.00 Uhr

Leitung: Alex Achermann

Anwesend: 39 Mitglieder

Abwesend: Sven Inäbnit
Gemeinderätin Heidi Ernst

Ausstand: Silvia Bräutigam, Gaida Löhr Vanoncini
zu Traktandum 1, Ziffer 5

Präsident:

Protokoll:

Alex Achermann

Esther Curti, Jörg Bertsch

Mitteilungen des Präsidenten

Am 13. Februar 2011 haben die Stimmberechtigten von Binningen die Vorlage über einen Zonenplan Siedlung und Landschaft und das Zonenreglement Binningen angenommen. 2'559 Stimmberechtigte haben dafür gestimmt, 2'089 waren dagegen bei 270 leer eingelegten Stimmen; dies bei einer Stimmbeteiligung von 52%. Damit ist ein weiteres für Binningen bedeutendes Vorhaben - zumindest was die Beschlüsse anbelangt - zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht worden.

Es ist wieder von einem Rücktritt aus dem Einwohnerrat zu berichten. Der Präsident verliest einen Brief von Albert Braun:

„Nach bald zwölfjähriger Mitarbeit im Binninger Gemeindeparlament erkläre ich meinen Rücktritt aus dem Rat auf den 31. März 2011. In dieser langen Zeit, die geprägt war von der Einführung der Leistungsaufträge, von der Senkung der Steuerfüsse und von vielen kleinen und grossen Projekten kam das Blut zwar viele Male in Wallung, doch fehlte es auch nicht an erheiternden Momenten und an guten Diskussionen. Die Tätigkeit in den Kommissionen war über lange Phasen produktiv, die Zusammenarbeit mit der Verwaltung sehr angenehm. Es war eine spannende, manchmal auch aufreibende Zeit. Doch möchte ich jetzt das Amt in jüngere Hände legen. Sofern der Rat einverstanden ist, werde ich bis zum Ende der Amtsperiode 2012 das Amt des Verwaltungsrates der WBA beibehalten. Ich wünsche Ihnen eine gute Diskussionskultur und faire Auseinandersetzungen, auf jeden Fall eine produktive Zusammenarbeit zum Wohl der Gemeinde Binningen.“

Albert Braun war seit 1999 Mitglied des Einwohnerrates. Im Jahre 2002 war er Präsident der Spezialkommission Verkehr, 2006/2007 Mitglied der Spezialkommission Personalreglement und schliesslich 2008/2009 Präsident des Einwohnerrates. Alex Achermann dankt Albert Braun für dessen grossen Einsatz im Einwohnerrat und wünscht ihm für die Zukunft alles Gute.

Entschuldigungen:

Entschuldigt ist Sven Inäbnit. Christoph Anliker kommt etwas später. Entschuldigt ist auch Gemeinderätin Heidi Ernst. Entschuldigt ist ferner Einwohnerratssekretärin Sandra Sprecher. Sie fällt wegen eines Unfalles längere Zeit aus; der Präsident wünscht eine gute Genesung.

Zu Beginn der Sitzung sind somit 38 Einwohnerratsmitglieder anwesend. Das absolute Mehr beträgt 20, das qualifizierte Mehr 26 Stimmen.

Neu eingereichte Vorstösse:

	Gesch- Nr.
- Motion P. Buess, Grüne/EVP: Termin Budgetsitzung Einwohnerrat,	142
- Motion R. Bänziger, Grüne/EVP: Abstimmungsreglement für die Gemeinde Binningen	143
- Postulat SP-Fraktion: Strom und Wärme vom Dach	149
- Anfrage W. E. Müller, FDP, zum Garderobengebäude auf der Sportanlage Spiegelfeld	144
- Anfrage B. Jost Zürcher, SP, betr. finanzielle Unterstützung Theater Basel	145
- Anfrage P. Buess, Grüne/EVP, betr. Leitung Werkhof	146
- Anfrage J. B. Urech, GLP, betr. gemeinsamer Werkhof Binningen-Bottmingen	147
- Anfrage F. Gerber, SVP, betr. Altlasten auf dem heutigen Werkhof-Areal	148
- Anfrage U. P. Moos, SVP, zur Verkleinerung des Spielfelds beim Mühlemattschulhaus	150

Der Präsident gibt den Einreichern Gelegenheit, zur Begründung ihrer Vorstösse das Wort zu ergreifen.

SP: Albert Braun möchte einige Anmerkungen zu dem von ihm formulierten Postulat der SP-Fraktion „Strom und Wärme vom Dach“ machen, weil er dann, wenn das Postulat behandelt werden wird, nicht mehr dabei sein wird. Wenn man sich in den letzten Jahren in der deutschen Nachbarschaft aufgehalten hat, so ist einem aufgefallen, wie viele Solaranlagen es dort auf den Dächern gibt. Das hat etwas damit zu tun, dass der nördliche Nachbar diese Solaranlagen entsprechend fördert und für das Aufstellen derselben interessante Bedingungen schafft. Das hat zur Folge, dass jährlich etwa 15-mal so viel Solarstromleistung pro Kopf der Bevölkerung installiert wird wie in der Schweiz. Binningen war nicht untätig. Die Gemeinde Binningen hat auf verschiedenen Gemeindegeländen Solaranlagen installieren lassen oder selber installiert - zu den ersten gehörten die Sonnenkollektoren auf der Sporthalle. Es gibt aber viele weitere Dächer, die man diesbezüglich nutzen könnte. Es wäre gut, man würde das an die Hand nehmen und planen, vor allem im Hinblick auf die kostendeckende Einspeisungsvergütung, für die man sich frühzeitig anmelden muss, damit man eine Chance auf Realisierung hat. Die Einrichtung von Solaranlagen bedeutet auch Arbeit für das einheimische Gewerbe und ist demnach eine kleine Form von Wirtschaftsförderung. Die SP setzt nicht auf neue AKW, dafür auf alternative Energien, darum findet sie, man müsse so, wie man es bereits angefangen hat, noch weiterfahren und die Unterstützung verstärken. Der Einwohnerrat hat zu einem früheren Zeitpunkt den Beitritt zum Energie-Label abgelehnt. Die politische Konkurrenz hat damals erklärt, sie würde lieber ein konkretes Projekt unterstützen. Daran möchte der Votant erinnern und sagen: Hier habt ihr eine Gelegenheit, vielleicht ist das etwas, wofür ihr euch erwärmen könnt.

Grüne/EVP: Rahel Bänziger Keel zur Motion über das Abstimmungsreglement: Der Votantin ist sehr wohl bewusst, dass diesbezüglich in der GRPK einiges läuft; sie ist jedoch der Meinung, dass hier ein derart grosser Handlungsbedarf besteht, dass es durchaus nicht schaden kann, wenn die Subkommission auch noch Rückhalt und eine grössere Legitimation von Seiten des Einwohnerrats erhält.

Traktandenliste:	Gesch. Nr.
1. Genehmigung des Protokolls vom 31.01.2011	
2. Bericht / Antrag der GRPK vom 02.02.2011: Kommunale Aufgabenprüfung (KAP) Massnahmen in der Kompetenz des Einwohnerrates	100
3. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 01.02.2011: Primarschulhaus Neusatz: Investitionsausgabe für die Fenstersanierung der Turnhalle von CHF 120'000.-- <i>Geschäftskreisführung: Charles Simon</i>	108
4. Diverses	

Präsident Alex Achermann stellt fest, dass keine Änderungsanträge vorliegen; es wird daher nach dieser Traktandenliste verfahren. Zuvor erteilt der Präsident das Wort an Lukas Metzger.

Lukas Metzger gibt die nachstehende persönliche Erklärung ab: „In der GRPK-Sitzung vom 2. Februar 2011 wurde festgestellt, dass die Rüge, welche ich im Einwohnerrat am 13.12.2010 kassiert habe, ohne Angabe meines Namens erfolgte. Eine Mehrheit der GRPK war der Meinung, ich solle das hier richtigstellen. Ich gebe deshalb hiermit zu Protokoll, dass ich der Empfänger der Rüge war, und zwar für einen Artikel im Binninger Anzeiger im November 2010, wo es darum ging, ob Binningen in 2011 die Steuern erhöhen soll oder nicht. Darin habe ich über diesbezügliche Diskussionen in der GRPK berichtet, was eindeutig nicht erlaubt ist. Ich habe damals in der GRPK und im Büro meinen Fehler anerkannt und mich mit der offiziellen Rüge einverstanden erklärt.“

Traktandum 1

Genehmigung des Protokolls vom 31.01.2011

Alex Achermann stellt fest, dass keine Änderungsanträge vorliegen. Das Protokoll ist somit genehmigt und wird der Verfasserin verdankt.

Traktandum 2

Gesch. Nr. 100

Bericht / Antrag der GRPK vom 02.02.2011:
Kommunale Aufgabenprüfung (KAP)
Massnahmen in der Kompetenz des Einwohnerrates

Verena Dubi, Präsidentin GRPK: Der Rat hat die KAP-Massnahmen, die in der Kompetenz des Einwohnerrates liegen, im vergangenen Jahr der GRPK übertragen. Da alle Massnahmen erst im Jahr 2012 eintreffen sollen, hat sich die Kommission erst jetzt damit befasst. Sie können aber immer noch im Budget für das kommende Jahr berücksichtigt werden. Die GRPK hat übersehen - und die Präsidentin entschuldigt sich dafür - dass im Geschäft Nr. 100 keine konkreten Anträge formuliert sind, Diese finden sich nun in einer Tischaufgabe. Die Nummerierung entspricht der jeweils 2. Zahl im Bericht (z.B. 2.1 entspricht 1; 2.2 entspricht 2 usw.). Bei den Massnahmen, die Gebühren betreffen, hat die GRPK Vergleichszahlen aus anderen Gemeinden und auch von der Stadt Basel verlangt. Diese finden sich im Anhang des Berichts. Bei den Massnahmen, die Anpassungen von Reglementen verlangen, gibt es nirgends eine substantielle Änderung, sondern die Kommission musste diese Dinge lediglich daraufhin überprüfen, ob überhaupt, und ggfls. wie, man dort sparen könnte,

oder ob eventuell zusätzliche Einnahmen generiert werden können. Die Aufgabe der GRPK war es also einzig zu prüfen, ob man sparen kann - und nicht etwa, ob man irgendetwas verbessern könnte. Einige Punkte gaben gar nicht viel zu reden. So war zum Beispiel ganz schnell klar, dass Binningen auch weiterhin keine Bestattungsgebühren verlangen soll. Andere Dinge gaben mehr zu reden, vor allem z.B. die Fragen rund um die Sekundarschule, die ja jetzt in der Kompetenz des Kantons liegt. Da war nicht ganz klar, ob man weiterhin unterstützen soll oder nicht. Die GRPK dankt der Verwaltung und den Mitarbeitern der Gärtnerei für ihre kompetenten Auskünfte. Falls irgendwelche Unklarheiten sind zu einzelnen Punkten, kann man dies anschliessend bei der Behandlung der einzelnen Anträge klären.

Alex Achermann, Präsident: Es gibt zuerst eine Eintretensdebatte, danach werden die Anträge, die aus den verschiedensten Bereichen kommen, einzeln behandelt.

SP: Traude Rehmann: Sie ist seit bald 14 Jahren in diesem Rat, und dies ist nicht die erste Sparübung, die sie hier drinnen erlebt. Im Gegenteil, sie erlebt eigentlich nur Sparübungen. Für die Votantin persönlich ist das ein riesiger Frust, auch für ihre Fraktion. Dass sie überhaupt über dieses Thema reden muss, ehe eine Rechnung vorliegt, macht die Sache auch nicht besser. Mit 46 Steuerprozenten ist Binningen gut aufgestellt. Es ist aber eben nicht nur der Steuersatz, der die Standortattraktivität bringt, es sind auch die kleinen Leistungen für die Bevölkerung, die dazu beitragen. Und diesbezüglich fehlt es nach Meinung der Votantin im Rat am Mut und am Weitblick. Binningen müsste sich zum Beispiel Gedanken darüber machen, was mit der Wohnsituation für normale Bürgerinnen und Bürger geschehen soll, wo doch überall Eigentumswohnungen zu horrenden Preisen gebaut werden, die nicht jedermann zahlen kann. Das wäre etwas, das man einmal angehen könnte, bevor es so weit ist wie im Kanton Zug. Die SP-Fraktion ist nicht gegen jegliche Sparübung, aber sie denkt schon, es hat alles seine Grenzen. Wenn man sich anschaut, was im Rahmen dieser KAP alles gemacht werden soll, dann muss man doch sagen: Der GEP wurde im Jahr 2009 beschlossen. Die Votantin und ihre Fraktion sind der Meinung: Der Rat macht sich unglaublich, wenn er den Plan jetzt bereits wieder ändern will. Man kann doch nicht im Jahr 2009 etwas beschliessen und es zwei Jahre später wieder über Bord werfen - nur weil ein paar persönliche Interessen damit verknüpft sind. Personal: Das Reglement wurde im Jahr 2007 revidiert. Der Friedhof - gut, das war schon 1999. Aber das Behördenreglement wurde ebenfalls 2007 gemacht. Die Votantin wundert sich eigentlich nicht, dass so viele Sitzungsgelder gebraucht werden, wenn ständig alles wieder von vorn angefangen wird.

Kurz zu den einzelnen Massnahmen, die durchgeführt werden sollen: Das Beschlussprotokoll gab zu Diskussionen Anlass. Es gibt verschiedene Generationen in der Fraktion und diese arbeiten auch unterschiedlich. Es gibt aber immer noch Leute - und darauf möchte die Votantin besonders hinweisen - die keinen Internetzugang haben.

Auf die Sitzungsgelder der Einwohnerrates und der Kommissionen wird man später noch zurückkommen.

Beim Friedhof kann sich die SP-Fraktion eine Analyse vorstellen, die aber nicht nur eine Sparmassnahme erbringen, sondern auch die Ökologie etwas berücksichtigen sollte.

Die SP-Fraktion ist für Eintreten.

FDP: Stefan Kaiser: Die FDP sieht die Notwendigkeit, dass nach den KAP-Massnahmen, die in der Kompetenz des Gemeinderates liegen, jetzt auch diejenigen angegangen und umgesetzt werden, die in der Einwohnerratskompetenz liegen. Obwohl man im Moment über nur geringe Budgetposten diskutiert, die kumuliert über die nächsten drei Jahre ca. 1,6 Millionen Franken an Einsparungen bringen sollten, ist es langsam an der Zeit, sich Gedanken darüber zu machen. Die FDP steht generell hinter den Anträgen, die die GRPK formuliert hat, dies mit drei Ausnahmen in den Punkten 4, 5 und 8. Dort sieht die FDP die Möglichkeit, noch etwas weiter zu gehen. Aus ordnungspolitischer

Sicht sieht die FDP vor allem die Posten Gesundheitsförderung und Schulratsentschädigung als kantonale Aufgabe an, da ja die Sekundarschulen jetzt im Aufgabenbereich des Kantons liegen. Dort wird die FDP Anträge auf Streichung stellen. Bei Punkt 8 - Friedhofsgebühren - handelt es sich notabene um den grössten Posten, den der Gemeinderat hier ausgewiesen hat. Die FDP ist gewillt, die Vorlage, wie sie der Gemeinderat ursprünglich einmal in den Einwohnerrat gebracht hatte, zu unterstützen. Eine Gebührenanpassung, auch für die Ortsansässigen, erscheint der FDP-Fraktion vertretbar, da es sich um eine Abgeltung für eine individuelle Leistung handelt. Zusammengefasst ist die FDP im Grundsatz für die Ergreifung dieser Massnahmen und stimmt mehrheitlich den Anträgen der GRPK zu.

Grüne/EVP: Anand Jagtap: Die Kommunale Aufgabenüberprüfung KAP soll einen wichtigen Beitrag zur Konsolidierung der Gemeindefinanzen leisten. Die Fraktion Grüne/EVP hat sich gefragt, ob dieses Ziel wirklich erreicht wird, und sie ist skeptisch. Bereits im Mai vergangenen Jahres zeichnete sich ab, dass die Einsparungen durch KAP mager ausfallen werden. Vor allem wird immer dort angesetzt, wo die Lobby am geringsten ist. Die wirklich heissen Eisen sind bis jetzt nicht angefasst worden. Wenn man die nackten Zahlen betrachtet, so sind die Einsparungen durch KAP ein Tropfen auf den heissen Stein für die Konsolidierung der Finanzen. Wenn man ehrlich ist, hatten die positiven Rechnungsabschlüsse einen viel grösseren Einfluss. Und wie es mit dem kantonalen Finanzausgleich weitergeht, ist nach wie vor ungewiss. Die richtigen Schritte der Gebergemeinden sind zwar eingeleitet. Doch wenn man die Äusserungen der Nehmergemeinden liest, so fehlt der Fraktion Grüne/EVP der Glaube an eine rasche Änderung. Dann rückt auch das Thema Steuererhöhung wieder in die Nähe. Bei den KAP-Massnahmen in der Kompetenz des Einwohnerrats sind der Fraktion Grüne/EVP zwei Dinge wichtig. Erstens: Die grössten Einsparungen werden durch drei Massnahmen erreicht, durch zwei im Bereich der Bestattungen sowie mit der Erstreckung der Umsetzungsdauer von GEP beim Abwasser. Dort ist der Fraktion Grüne/EVP wichtig, dass man langfristig und an die Umwelt denkt. Zweitens: Wichtig ist auch die symbolische Wirkung, die die Reduktion der Sitzungsgelder im Rahmen eines Sparprogramms hat. Der Rat solle dort mit gutem Beispiel vorangehen. Dank dem guten Vorschlag aus der GRPK gibt es jetzt auch eine zutreffende Opfersymmetrie über alle Behörden hinweg. Jetzt kann sich nämlich auch der Gemeinderat an dieser Massnahme beteiligen. Die Fraktion Grüne/EVP ist für Eintreten.

SVP: Urs-Peter Moos: Die SVP-Fraktion unterstützt diese KAP-Massnahmen. Sie hat bereits im vergangenen Frühjahr die vom Gemeinderat ergriffenen Massnahmen zur Kenntnis genommen. Diese hatten bei der SVP-Fraktion bereits Anklang gefunden, vielleicht mit Ausnahme kleinerer Posten wie der Streichung der Geburtstagsprämien, wo für die SVP die Ersparnis und das, was man damit auslöst, nicht miteinander übereinstimmen. Nun kommt man endlich dahin, dass auch die Dinge behandelt werden, die in der Kompetenz des Einwohnerrates liegen. Der Votant widerspricht da der SP-Fraktion: Binningen ist weit davon entfernt, ungesund zu sparen, sondern es gab in den letzten Jahren Ausgabensteigerungen, die jeweils deutlich über der Teuerung lagen. In Kombination der Bauprojekte in Binningen, die immer unglaublich teuer werden, ist es nun eben so, dass die Gemeinde in den roten Zahlen ist. Wenn dann vielleicht einmal das eine oder andere Bauprojekt nicht in näherer Zukunft verwirklicht wird, sind diese KAP-Massnahmen sicher ein weiterer wertvoller Beitrag dazu, dass die Gemeinde wieder zu einem ausgeglichenen Budget kommt.

Zu den einzelnen Punkten: Bei den Behördenhonoraren hatte der Gemeinderat vorgeschlagen, dass man die Vorbereitungszeiten reduzieren soll. Die SVP hat das mit einem Schmunzeln zur Kenntnis genommen. Offenbar ist dem Gemeinderat nicht sehr daran gelegen, dass Einwohnerräte vorbereitet an die Sitzungen kommen. Wie bereits von den Grünen/EVP erwähnt, wurde jetzt ein Weg gefunden, bzw. ein Vorschlag auf den Tisch gelegt, der wirklich alle Behördenmitglieder gleich behandelt inklusive Gemeinderat, und mit dem man sogar das Dreifache dessen einsparen kann, was der Gemeinderat vorgeschlagen hatte. Den Verzicht auf Subventionen an „Binningen bewegt“ unterstützt die SVP, ebenso wie auch die Streichung der Beiträge an die Gesundheitsförderung Sekundarstufe. Dies wäre dann also ein Gegenantrag zu dem der GRPK. Bei der Entschädigung Sekundarschulrat stellt die SVP den Antrag, dass man unabhängig davon, welche weitere Entwick-

lung es mit dem Kanton nimmt, auf Ende der Amtsperiode, also auf Mitte 2012, diese Subventionierung einstellt, so dass sich dann die GRPK nicht nochmals mit diesem Geschäft befassen müsste. Die Verlängerung der GEP-Umsetzungsdauer wird von der SVP unterstützt, die weiteren Punkt ebenfalls. Darauf wird noch im Detail eingegangen werden.

Gemeinderat Michael Keller hat die Diskussion in der GRPK als sehr fruchtbar und auch sehr kontrovers entgegengenommen. Es gibt vermutlich nur wenige andere Themen, die so viel zu diskutieren geben und wo die Meinungen so weit auseinandergehen. Er hat es aber auch ganz toll gefunden, dass auch seitens der GRPK nicht nur Voten gefallen sind, sondern dass man sogar eigene Vorschläge eingebracht hat.

Zwei, drei Sachen sind ihm noch ganz wichtig, wenn es jetzt an die Detailberatung geht.

Erstens: Es gibt verschiedene Punkte - auf der neuen Liste die Punkte 2, 6, 8 und 10 - bezüglich derer der Einwohnerrat, wenn er ihnen zustimmt, dem Gemeinderat einen Auftrag erteilen muss, die entsprechenden Reglemente zu überarbeiten. Das heisst also, das Ganze kommt nochmals hier in den Rat, und dann muss über die entsprechenden Reglemente abgestimmt werden.

Zum Zweiten: Wenn der Punkt 9 gutgeheissen wird, dann bedeutet dies die Ausarbeitung eines Geschäfts, und auch dieses muss dann wieder im Rat vorgestellt werden.

Eingangs wurde bemängelt, dass zum jetzigen Zeitpunkt das Ergebnis der Rechnung noch nicht vorliegt. Dazu zwei Anmerkungen. Zum einen sind die KAP-Massnahmen nicht bezogen auf das Rechnungsergebnis 2010, sondern sie zielen in die Zukunft. Zum zweiten kommen die meisten Angelegenheiten noch ein weiteres Mal in den Rat. Wenn also jemand aufgrund des Ergebnisses der Rechnung seine Meinung ändern wollte, so wird das vom Zeitablauf her möglich sein. Andererseits ist zu den Rechnungsergebnissen zu sagen: Die Gemeinde hat zwar die glückliche Ausgangslage, dass es in Binningen sehr kräftige Steuerzahler gibt. Dies ist aber auch ein Handicap; denn wenn einer dieser ganz guten Steuerzahler die Gemeinde verlässt, dann macht sich das in der Rechnung sehr stark bemerkbar. Auf Gedeih und Verderb mit dem status quo zu operieren, ist daher eine heisse Sache. Es wäre zu kurzfristig gedacht, wenn man die Annahme oder Ablehnung von KAP-Massnahmen isoliert von der Rechnung 2010 oder vom Budget 2011 abhängig machen wollte.

Zum Punkt 7, wo es darum geht, ob man bei GEP die Frist verlängert: Dies basiert auf dem Abwasserreglement, das im Einwohnerrat beraten wurde. Damals war man der Meinung, es brauche eine Übergangsfrist wegen der Realisierung des Trennsystems, und man definierte dafür ein Zeitfenster von 20 Jahren. Genau dieses Zeitfenster hat man nun beim GEP noch draufgesattelt. Es handelt sich also um das Hinübernehmen der Frist, die im Rat beschlossen wurde.

Präsident Alex Achermann stellt fest, dass das Eintreten nicht bestritten ist und eröffnet die Detailberatung. Diese erfolgt anhand der Tischvorlage „Anträge der GRPK zu den KAP-Massnahmen“

Antrag 1 betr. Protokollführung

CVP: Lukas Metzger: Die CVP ist für die Protokollführung mittels Tonaufnahme und Wiedergabe per Internet. Man ist grossmehrheitlich der Meinung, dies sei eine gute Sache, und es sei jedenfalls den Versuch wert.

Grossmehrheitlich wird beschlossen:

://: Das Protokoll der Einwohnerratssitzungen wird weiterhin schriftlich erstellt und zusätzlich versuchsweise als Tonaufzeichnung auf der Homepage aufgeschaltet.

Antrag 2 betr. Vergütungsreglement Behördenmitglieder

Verena Dubi, Präsidentin GRPK: Wie Urs-Peter Moos bereits erwähnte, hatte der Gemeinderat vorgeschlagen, die Sitzungsvorbereitungszeiten zu kürzen. In der GRPK war man der Meinung, dies sei nicht sehr sinnvoll. Je nachdem reichen jetzt schon die eingesetzten drei Stunden nicht, wenn man sich ernsthaft vorbereitet. So kam man auf die Idee, die Sitzungsgelder generell herabzusetzen im Sinne einer Opfersymmetrie, die dann durch alle Kommissionen und Räte hindurchgeht.

FDP: Stefan Kaiser: Die zehn Prozent, die hier gekürzt werden sollen, scheinen prozentual gesehen ein grosser Betrag zu sein. Es ist aber auch so, dass man bei einem Kantonsmandat lediglich mit einem Stundensatz von CHF 35 rechnen kann, so dass die CHF 50 bzw. CHF 100, die man sich gemäss GRPK-Antrag in Binningen gewähren will, immer noch sehr grosszügig sind. Der Votant war der Meinung gewesen, dass man den Stundensatz noch weiter hätte absenken können. Der GRPK-Vorschlag ist ein Kompromiss, mit dem der Rat der Bevölkerung ein Signal gibt, dass er bereit ist, auch an sich selber zu sparen.

SP: Traude Rehmann ist nicht der gleichen Meinung. Sie war damals Präsidentin der betreffenden Kommission und erinnert sich an stundenlange Diskussionen über das Thema. Die Ratsmitglieder hatten in all den Jahren keine Teuerungszulage - was auch nicht tragisch ist - aber sie übernehmen heute für die Gemeinde auch noch die Aufgabe des Druckens. Jedes Ratsmitglied kann sich alles zu Hause ausdrucken, und die Gemeinde spart sich das. Die SP-Fraktion sieht diese Kürzungen nicht ganz ein, ist aber in dieser Frage auch nicht ganz einheitlich.

FDP: Markus Ziegler: Wie Traude Rehmann sagte, ist das Vergütungsreglement noch nicht so alt. Es wurde aber auch nicht einfach so durchgewunken, sondern war umstritten. Der Votant war nie ein Befürworter des Reglements. Der Einwohnerrat hat sich seiner Meinung nach eine kantonale einmalige Luxurlösung verpasst. Der Votant ist auch mit der vorgeschlagenen Rückstufung unzufrieden. Sie ist zwar zweifellos eine bessere Lösung als die Streichung der Vorbereitungszeit. Aber die vorgeschlagenen neuen Sätze sind immer noch sehr komfortabel, angesichts der CHF 35/45, welche kantonale Behördenmitglieder erhalten. Der Votant schlägt daher im Namen einer Minderheit seiner Fraktion vor, die Sitzungsgelder wie im Landrat auf CHF 45 festzusetzen.

CVP: Silvia Bräutigam: Die CVP-Fraktion unterstützt die beantragte Reduktion der Stundenansätze. Man will zeigen, dass man auch zum Sparen bereit ist. Die Vorbereitungszeit zu kürzen, fände die CVP eine schlechte Lösung.

CVP: Katrin Bartels äussert Bedenken gegen den Antrag von Markus Ziegler, noch unter die vorgeschlagenen CHF 50 zu gehen. Zwar spiele die Höhe des Sitzungsgeldes für viele im Rat keine grosse Rolle, sondern sie engagieren sich aus Goodwill im Einwohnerrat. Wenn man aber das Sitzungsgeld zu weit herabsenkt, dann kommt man irgendwo an eine Grenze, ab der ein bestimmter Bevölkerungskreis sich das Politisieren nicht mehr leisten kann. Dies wäre dann aber ein Schuss

hinten hinaus; denn man will ja einen Einwohnerrat, der die Bevölkerung möglichst breit vertritt. Dafür braucht es einen Stundensatz, der es allen erlaubt, im Rat tätig zu sein - die einen rein aus Goodwill, weil das Sitzungsgeld sowieso weit unter dem ist, was sie anderweitig verdienen, die anderen aber auch deshalb, weil das, was sie hier erhalten, für sie angemessen ist. Hier muss man eine Balance finden.

CVP: Lukas Metzger: Die CVP hat viele Meinungen zu diesem Thema. Der Votant möchte noch etwas zu bedenken geben: Zum einen ist die Ratstätigkeit ein Nebenerwerb, so dass es keine so grosse Rolle spielt, was man persönlich verdient; insofern teilt der Votant die Meinung, dass die Kürzung durchaus tragbar ist. Andererseits ist es bekanntlich auch so - der Votant ist auch Kassier der CVP - dass die Parteisektionen von den Mandatsabgaben leben. Bei der CVP machen diese etwa 50% der Einnahmen aus. Die vorgeschlagene Kürzung bedeutet daher einfach eine fünfprozentige Einnahmenschmälerung für die Sektion, und so wird es vermutlich allen ergehen. Dennoch ist der Votant aus psychologischen Gründen für die Kürzung; der Rat sollte auch etwas zum Sparen beitragen.

FDP: Markus Ziegler findet das Votum von Lukas Metzger wunderbar. Wenn er sich den Plakatwald draussen anschaut, den alle Parteien, seine eigene eingeschlossen, veranstalten, dann denkt er, es sei nicht einmal so schlimm, wenn die Parteien ein bisschen weniger Geld zur Verfügung haben, um es an die Strasse zu hängen. Zum Votum Katrin Bartel: Der Votant ist sich bewusst, dass das Sitzungsgeld für manche ein Zustupf ist. Man muss sich aber auch darüber im Klaren sein: Binningen hat und will ein Milizparlament. Das ist nicht der Ort, wo man Geld verdienen geht. Es soll sicher eine angemessene Entschädigung geben, aber wenn man die Einwohnerratstätigkeit als Job sieht, ist man absolut auf der falschen Schiene. Man muss hier im Sinne der Gemeinde zu tragfähigen Lösungen kommen und nicht neue Jobs generieren wollen. Dazu gibt es andere Ansätze.

FDP: Jürg Humbel: Vielleicht sehen diese 50 Franken im ersten Moment nach relativ viel aus. Aber man muss es relativieren. Für die, die in den Kommissionen sitzen und Vorbereitungsarbeit aufschreiben, ist es nicht das Gleiche wie für die, die „nur“ im Einwohnerrat sind. Denn im Einwohnerrat bekommen sie die Akten zugestellt, die müssen sie erst einmal lesen - oder sie sollten sie zumindest lesen. Dann gehen sie an die Fraktionssitzung, die ungefähr gleich lang dauert wie die Einwohnerratssitzung. Dann kommt die Einwohnerratssitzung. Diese wird bezahlt. Wenn man also die ganze Arbeit einrechnet, dann hat man am Ende noch ungefähr die Hälfte.

SVP: Urs-Peter Moos findet es toll, dass man sich die Zeit nimmt, über einen Fünfliber mehr oder weniger pro Stunde zu reden. Er möchte sich dem Votum von Jürg Humbel anschliessen. Diejenigen, die nicht in einer einwohnerrätlichen Kommission sind, können das Sitzungsgeld in etwa dritteln: Akten lesen, dann Fraktionssitzung, dann Einwohnerrat - dann ist man bei etwa 15 Franken pro Stunde, abzüglich Parteiabgabe. Da geht es also nicht auf. Dann gibt es die Situation in der BPK und in der GRPK. Dort hat man in den Präsidien und Vizepräsidien kein Fixum, im Gegensatz zu den Fachbehörden, wo teilweise namhafte Fixbeträge gezahlt werden. Wenn man also in die Richtung wie Markus Ziegler gehen will, müsste man dies sehr differenziert tun. Deshalb wird die SVP-Fraktion dessen Antrag heute Abend nicht unterstützen.

SP: Albert Braun erinnert daran, dass zwar der Einwohnerrat ehrenamtlich arbeitet, dass aber die Exekutivmitglieder im Gemeinderat zu einem guten Teil ihr Berufspensum reduzieren, damit sie ihr Amt antreten können. Obwohl sie ein Fixum haben, spielt es für sie natürlich eine gewisse Rolle, wie viel sie da verdienen. Das Sitzungsgeld ist auch etwas, das auf den Wert der geleisteten Arbeit hinweist. Wenn der Einwohnerrat nun teilweise darauf verzichtet, ist das sicher eine schöne Geste, aber auf der anderen Seite gibt man damit auch ein gewisses Zeichen, dass die eigene Arbeit vielleicht doch nicht so viel wert ist.

FDP: Markus Ziegler stellt fest, dass es plötzlich sehr viele Gewerkschafter im Rat hat. Zum Votum Urs-Peter Moos: Der „Fünfliber“ macht 28'000 Franken aus, wenn man der GRPK glauben kann. Das ist also nicht nichts.

CVP: Lukas Metzger freut sich - mit Bezug auf das vorherige Votum von Markus Ziegler - darauf, dass die Parteien sich künftig bezüglich des Plakatwalds beschränken werden. Die CVP hat genau zwölf Plakate hängen - anders als die FDP oder die SVP...

Grüne/EVP: Rahel Bänziger Keel weist darauf hin, dass Landräte 50 Franken pro Stunde erhalten. Sie ist zudem froh für die CVP, dass in deren Budget die Mandatsabgaben nur 50 Prozent ausmachen. Bei den Grünen sind es 100 Prozent. Zum Plakatwald: Plakate sind das billigste Werbemittel. Deshalb hängen von den kleinen Parteien vielleicht ein paar mehr draussen. Sie haben nicht so viel Geld wie die FDP, um in grossen Zeitungen Inserate zu schalten.

FDP: Roger Moll: Zu den Voten bezüglich „Fünfliber“, oder bezüglich der Tatsache, dass nicht alle Einwohnerräte einer Kommission angehören: Der grösste Spareffekt könnte erzielt werden, wenn man von 40 auf 30 Einwohnerratsmitglieder herunterginge sowie von sieben auf fünf Gemeinderäte.

Grossmehrheitlich wird beschlossen:

://: Der Antrag Markus Ziegler, das Sitzungsgeld von CHF 55 auf CHF 45 zu reduzieren, wird abgelehnt.

Grossmehrheitlich wird beschlossen:

://: Im Vergütungsreglement werden die Stundenansätze für Behördenmitglieder ab 2012 von bisher CHF 55 auf CHF 50 und von bisher CHF 110 auf CHF 100 reduziert.

Antrag 3 betr. Subvention an „Binningen bewegt“

SP: Barbara Jost Zürcher: Dies ist eine dieser kleineren Leistungen der Gemeinde Binningen an die Bevölkerung, die die SP-Fraktion nicht gestrichen haben möchte. Es gibt Gemeinden in der Schweiz, die ganz viel für Gesundheitsprävention aufwenden. Binningen macht da nicht sehr viel. Es gibt dieses „Binningen bewegt“ - man kann das schon privaten Sponsoren überlassen, dann gibt es das noch zwei, drei Jahre lang, dann zieht sich der Sponsor zurück, und dann gibt es nichts mehr. Man muss sich gut überlegen, was man den Privaten überlassen will, und wo wirklich die Gemeinde selbst in der Verantwortung ist. Es geht um einen kleinen Betrag, und die Gemeinde Binningen sollte da wirklich etwas für die Prävention und für die Bewegung der Bevölkerung tun. Die SP-Fraktion möchte daran festhalten.

FDP: Willy Müller schliesst sich als Mitinitiant der Bewegung „Binningen bewegt“ dem Votum von Barbara Jost Zürcher an und bittet, diesen kleinen Betrag nicht zu streichen. „Binningen bewegt“ ist

ein Erfolgsmodell. Es gibt Tai-Chi, Gymnastik, Nordic Walking, Aqua Fit. Das einzige, was sich am Sonntagmorgen auf dem schönen Schlosspark bewegt, ist Tai-Chi. Der Votant wünscht sich im Gegenteil, dass die Gemeinde mehr Propaganda macht, mehr Flyer, mehr Presseartikel, damit sich noch mehr Menschen bewegen. Der Votant möchte das erst dann streichen, wenn ein Sponsor gefunden ist.

Mit 20 Nein zu 18 Ja, bei einer Enthaltung, wird beschlossen:

://: Der Antrag der GRPK, die Subvention an „Binningen bewegt“ ab 2012 zu streichen, wird abgelehnt.

Antrag 4 betr. Beiträge an die Gesundheitsförderung in der Sekundarschule

Präsident Alex Achermann weist darauf hin, dass die GRPK mit Stichtentscheid des Präsidenten beantragt hat, die Beiträge nicht zu streichen, also die vom Gemeinderat vorgeschlagene Streichung der Beiträge abzulehnen.

FDP: Stefan Kaiser: Die FDP-Fraktion beantragt Streichung der Beiträge. Wie man bei der Eintretensdebatte gehört hat, ist die ganze Sekundarschule inklusive Gebäude dem Kanton übertragen worden, so dass der Kanton auch für den Unterhalt und für das zusätzliche Programm aufkommen muss.

SP: Barbara Jost Zürcher: Die SP-Fraktion unterstützt den Antrag, die Beiträge nicht zu streichen. Es geht ins gleiche Thema wie „Binningen bewegt“. Es geht um eine Ausgabe für Prävention, die nach Meinung der Votantin an einem guten Ort ausgegeben wird. Es stimmt zwar, die Sekundarschule geht an den Kanton über, und der Kanton zahlt auch Gesundheitsförderung. Binningen hat aber eine etwas spezielle Situation: Hier hatte der Schulrat den Auftrag erhalten eine Gruppe damit zu beauftragen, ein Konzept, durchgängig vom Kindergarten bis Ende Sekundarstufe 1, zu erarbeiten. Das Konzept koordiniert die Gesundheitsförderung. Die Gemeinde hat sich in eine Verantwortung hineinbegeben, indem sie sagte: Was die Schule jetzt mit dem ihr ohnehin zur Verfügung stehenden Geld tut, ist uns nicht genug, wir wollen, dass sie noch mehr tut. Sie soll genug tun, damit die Kinder möglichst gesund aufwachsen. Zuerst hiess es noch Suchtpräventionskonzept, im Verlauf des Prozesses wurde es dann abgeändert in Gesundheitsförderungskonzept. Es hat darin Abmachungen, in welchem Alter es sinnvoll ist, auf welche Lebensbereiche der Kinder präventiv einzuwirken. Es ist abgemacht, wann über Ernährung geredet wird, über Bewegung; Gewaltprävention ist ebenfalls ein Teil des Konzepts, und verschiedene Themen kommen immer wieder. Dies ist das bestehende, im Jahr 1998 angenommene und eingesetzte Konzept. Seither arbeitet eine Koordinationsgruppe Gesundheitsförderung, in der Eltern aller Schulstufen vertreten sind, ferner Schulräte, Schulleitungen und Lehrpersonen. Sie engagieren sich und schauen, dass etwas läuft, dass Projekte stattfinden und dass dies koordiniert geschieht. Das Geld jetzt zu streichen, wäre ein Zeichen: Das war's jetzt, damit können wir jetzt aufhören. Dies fände die Votantin extrem bedauerlich. Sie findet, hier darf man nicht sparen. Prävention und Gesundheitsförderung sind wichtige Anliegen und sollten auch der Gemeinde wichtig sein. Die Votantin könnte sich damit einverstanden erklären, dass gesagt wird: Das Geld soll gezielt genutzt werden für Projekte, die der ganzen Schule zugute kommen, die also stufenübergreifend von der genannten Koordinationsgruppe gesteuert werden. Man könnte das Geld also zweckgebundener sprechen - dass es aber gestrichen wird, dagegen wendet sich die SP-Fraktion.

Grüne/EVP: Beatrice Büschlen gehörte als Elternvertreterin für Primar- und Sekundarschüler der Koordinationsgruppe an und bestätigt die Zusammenfassung von Barbara Jost Zürcher. Zusätzlich weist sie darauf hin, dass das Geld, das vom Kanton an die Sekundarschulen geht, teilweise in Projekten gebunden ist wie z.B. die AIDS-Prävention. Es handelt sich dabei auch um ein separates Paket. Es ist jedoch nicht stufenübergreifend wie das Binninger Konzept. Die Votantin fragt: Brauchen Teenager keine Gesundheitsförderungen mehr, brauchen dies nur Kinder? Brauchen Teenager keine Friedensförderung, brauchen dies nur Kinder? Friedensförderung ist nämlich neu in dem Konzept enthalten. Brauchen die Teenys nur AIDS-Prävention? Ist das alles, was man den Jugendlichen zugesteht? Gesundheitsförderung hört nicht einfach mit der Primarschule auf, sondern sie geht nachher weiter und ist dort fast noch wichtiger. Und diese Teenys sind nicht Kantonseinwohner, sondern es sind Binninger und Bottminger Kinder. Es handelt sich um einen kleinen Betrag, und die Gemeinde sollte ihn weiter bezahlen.

FDP: Stefan Kaiser: Wenn man den Betrag streicht, heisst das ja nicht, dass Gesundheitsförderung aufhört. Denn die Schülerinnen und Schüler geniessen Turnunterricht und Biologieunterricht, und mit modernen Lehrmitteln kann man durchaus Fragen der genannten Art einfließen lassen und dies im normalen Schulalltag laufen lassen.

FDP: Markus Ziegler: Für den Votanten ist es fast wie ein „ceterum censeo“, wenn es um die Sekundarschule geht. Vor einigen Jahren wurde über die Schulreform abgestimmt. Gerade die politischen Kreise, die sich heute sehr stark engagieren, standen an vorderster Front, als es darum ging, die Sekundarstufe ganzheitlich dem Kanton zu übergeben. Gegen Prävention hat sicher niemand etwas, aber es ist ein ordnungspolitischer Fehler, wenn die Gemeinde hier anfängt, einen Teil der Sekundarschule zu finanzieren. Als Nächstes könnte sie dann die Lehrerlöhne finanzieren, damit man hier bessere Lehrer hat als der Rest vom Kanton. Der Ansatz ist falsch. Der Votant fragt auch: Was tut der Kanton? Der Kanton hat auch nicht nichts. Es ist aber auch so, dass der Kanton, wenn die Gemeinde Binningen freiwillig Gelder fliessen lässt, seinerseits nicht übermässig aktiv wird. Die Gemeinde muss den Kanton in die Pflicht nehmen, dass er zugunsten der Kinder und Jugendlichen entsprechende Programme aufstellt und umsetzt. Aber es kann nicht sein, dass die Gemeinde Kantonsaufgaben finanziert. Die Gemeinde baut auch keine Kantonsstrassen mit ihrem Geld. Der Votant bittet eindringlich, die ordnungspolitische Trennung einzuhalten, die der Stimmbürger und auch die Parteien, die sich soeben äusserten, ganz klar so wollten. Man muss da sauber bleiben. Die Gemeinde hat genug finanzielle Fronten mit dem Kanton - Beispiel Finanzausgleich - und der Votant hat keine Lust, dem Kanton dessen Hausaufgaben zu finanzieren.

SP: Barbara Jost Zürcher: Zum Votum Stefan Kaiser: In der Tat können die erwähnten Themen auch im Biologieunterricht vorkommen; man kann den Turnunterricht so gestalten, dass er auch präventiv wirkt. Das ist aber immer abhängig von Lehrpersonen. Mit dem Binninger Konzept, das über alle Schulstufen geht, kann man hingegen die Lehrpersonen auch in die Pflicht nehmen und sie verpflichten, präventiv zu arbeiten. Das ist etwas, von dem die Votantin meint, es gehöre auf die Gemeindeebene. Sie bezweifelt auch, ob die einschlägigen, zum Teil sehr teuren Programme des Kantons dieselbe nachhaltige Wirkung haben, wie das, was die Gemeinde vor Ort tut.

Grüne/EVP: Beatrice Büschlen: Wir erwarten, dass Jugendliche anständig sind. Wenn ein paar von ihnen mal auf der Strasse lärmern, werden sie schon fast kriminalisiert. - Wenn man dann hier drin hört, dass man an diesen Jugendlichen ein ordnungspolitisches Exempel statuieren muss, dann findet die Votantin dies falsch. Ordnungspolitische Argumentation im Zusammenhang mit den Jugendlichen, die eh schon eine schwache Lobby haben - damit hat die Votantin Mühe.

CVP: Andrea Alt geht mit Markus Ziegler darin einig, dass der Kanton die Sekundarschulen übernimmt und somit auch dafür zahlen muss. Sie ist aber der Meinung, das Thema Prävention sei der

falsche Ort für ein Seilziehen mit dem Kanton. Da zieht die Gemeinde den Kürzeren, und diejenigen, um die es geht und die diese Prävention bräuchten, nämlich die Jugendlichen, haben dann gar nichts davon. Ein solches Seilziehen bringt nichts und schadet nur den Falschen.

SP: Albert Braun freut sich, dass Markus Ziegler sich beim Kanton dafür einsetzen will, dass bei der Bildung nicht gespart wird. Aber die Zeichen stehen im Moment auf Sturm. Und der Votant hat aufgrund der Erfahrungen aus Jahrzehnten gar nicht den Eindruck, dass die Gesundheitsförderung ein Gebiet sei, auf dem der Kanton auf das Sparen verzichten wird.

SVP: Urs-Peter Moos: Man hat Primarschule und Kindergarten, die bei der Gemeinde liegen, und man hat die Sekundarschule, die beim Kanton liegt. Der übernimmt jetzt gerade für teures Geld sehr grosszügig die Anlagen der Gemeinde. Immer mehr Geld für Bildung und für Prävention auszugeben, heisst noch lange nicht, dass man eine bessere Bildung und eine bessere Prävention hätte. Diesen Zenit hat man in der Schweiz in etlichen Punkten schon seit Längerem überschritten. Und was die Lobby der Jugendlichen angeht, fragt sich der Votant, ob es sich da um ein Lobbying für die Jugendlichen handelt oder um ein Lobbying für die Institutionen, die derlei Konzepte und Massnahmen anbieten. Die SVP wird den FDP-Antrag unterstützen.

Mit 20 Nein zu 19 Ja wird beschlossen:

://: Die vom Gemeinderat vorgeschlagene Streichung der Beiträge an die Gesundheitsförderung an die Sekundarschule wird abgelehnt.

Antrag 5 betr. Subventionierung des Sitzungsgeldes der Sekundarschulräte

Präsident Alex Achermann: Zum Antrag der GRPK gibt es einen Antrag der SVP-Fraktion: „Die Subventionierung der Sitzungsgelder der Binninger Sekundarschulratsmitglieder wird per 30.06.2012 (Ende der Amtsperiode) eingestellt.“

Verena Dubi, Präsidentin GRPK ist nicht ganz sicher, ob allen klar ist, was es bedeutet, wenn die Schulratsmitglieder plötzlich anders gewählt werden. Da die Sekundarschule jetzt Kantonsschule ist, hat der Regierungsrat in die Vernehmlassung gegeben, dass die Sekundarschulräte analog zu den Gymnasialschulräten ebenfalls vom Regierungsrat eingesetzt werden sollen. Was dabei herauskommen wird, ist nicht ganz klar. Deshalb differenziert der Antrag der GRPK. Es ist nicht anzunehmen, dass der Entscheid vor Mitte 2012 vorliegen wird. Der Antrag der SVP bedeutet, dass so oder so, egal wie der Entscheid ausfallen wird, die Subventionierung eingestellt werden soll. Die Sache hat zusätzlich noch ein Paradoxon, weil der Sekundarschulrat sich aus Mitgliedern aus zwei Gemeinden zusammensetzt. Die Binninger Mitglieder werden zusätzlich von der Gemeinde subventioniert, die Bottminger Mitglieder werden nicht zusätzlich von der Gemeinde subventioniert. Das heisst, es sitzen in diesem Schulrat unterschiedlich honorierte Leute. Das sollte man bei dieser Angelegenheit im Hinterkopf behalten.

FDP: Stefan Kaiser: Aufgrund der Diskussionen unter Punkt 4 mit der Finanzierung der Sekundarschule als Kantonsaufgabe wird die FDP den Antrag der SVP unterstützen.

Mit 20 Ja zu 16 Nein, bei einer Enthaltung, wird beschlossen, wobei die Sekundarschulratsmitglieder Silvia Bräutigam und Gaida Löhr Vanoncini im Ausstand sind:

://: Die Subventionierung der Sitzungsgelder der Binninger Sekundarschulratsmitglieder wird per 30.06.2012 (Ende der Amtsperiode) eingestellt.

CVP: Lukas Metzger: stellt einen Rückkommensantrag. Er bezweifelt, dass die beiden Sekundarschulratsmitglieder in den Ausstand treten mussten und fragt, aus welchem Reglement sich dies ergibt.

FDP: Markus Ziegler: Es ergibt sich aus § 6 der einwohnerrätlichen Geschäftsordnung.

CVP: Lukas Metzger hält seinen Rückkommensantrag nicht aufrecht.

Antrag 6 betr. Allmendreglement mit höheren Gebühren

SP: Severin Brenneisen: Die SP-Fraktion unterstützt die Anträge der GRPK, die Gebühren zu erhöhen und zu überprüfen.

SVP: Urs-Peter Moos: Die SVP sieht keinen Grund, die Gebühren zu erhöhen. Es hat in Anhang 3 eine Vergleichstabelle, aus der man entnehmen kann, dass Bottmingen und Oberwil eine Grundgebühr von CHF 50 haben, aber den Quadratmeterpreis pro Woche ebenfalls bei CHF 1.– angesetzt haben. Wenn also der Rat eine solche Änderung beschliesst, erwartet die SVP, dass der Gemeinderat eine Angleichung an die genannten Nachbargemeinden anstrebt.

Grossmehrheitlich wird beschlossen:

://: Der Gemeinderat legt dem Einwohnerrat ein Allmendreglement mit höheren Gebühren vor.

Antrag 7 betr. Leistungsauftrag 9.1, Abwasserbeseitigung, und Umsetzungsdauer GEP

SP: Albert Braun: 60 Jahre Umsetzungsdauer für die GEP-Massnahme ist der SP-Fraktion viel zu lang. Das sind mehr als zwei Generationen, während derer man auf die komplette Realisierung einer umweltfreundlichen Lösung warten müsste. Die 40 Jahre, die derzeit gelten, waren zum dem Zeitpunkt, als sie beschlossen wurden, bereits ein Kompromiss. Die SP stand damals für 25 Jahre ein. Nur weil das Geld knapp ist, darf man sinnvolle Lösungen nicht verschleppen. Binningen hat keinen Finanznotstand.

Grüne/EVP: Rahel Bänziger Keel: Als über den GEP diskutiert wurde, hat die Votantin sogar eine Umsetzungsdauer von 20 Jahren vorgeschlagen und ist dann leider mit wehenden Fahnen untergegangen. 40 Jahre sind bereits jenseits, und wenn man es nun auf 60 Jahre verlängert, dann kann man den GEP ganz vergessen. Was das bedeutet, ist einfach dies: Wenn es stark regnet, sind die Abwasserreservoirs voll, und das Wasser geht ungehindert in die Bäche, in den Dorenbach oder in den Birsig. Die Votantin fragt sich wirklich, ob man das auf die nächsten 60 Jahre will. Sie, die Votantin, will es nicht.

SVP: Urs-Peter Moos: Die Massnahmen, die eingehend diskutiert wurden und dann zu einem entsprechenden Reglement führten, zeigten auch diverse Schwachpunkte auf. Es ist ja nicht so, dass dann der ganze Binninger Siedlungsraum diesem GEP angeschlossen wird. Auch wenn man sich grundsätzliche Gedanken zu diesem GEP macht, dann sieht man, dass man vermutlich dem vielen Geld - es geht in die zig Millionen, es dürfte sich mit der Beteiligung der privaten Grundeigentümer um rund 50 Millionen Franken handeln - in etlichen anderen Bereichen des Umweltschutzes sehr viel mehr Wirkung erzielen würde, als wenn man in der einen oder anderen Strasse früher oder später eine getrenntes Abwassersystem einführt. Daher unterstützt die SVP die Erhöhung der Umsetzungsdauer.

Mit 23 Ja zu 16 Nein wird beschlossen:

://: Der Leistungsauftrag 9.1 (Abwasserbeseitigung) für das Jahr 2012 wird geändert, die Umsetzungsdauer des GEP (Genereller Entwässerungsplan) wird von 40 auf 60 Jahre erhöht.

Antrag 8 betr. Friedhofgebühren

FDP: Stefan Kaiser: Die FDP-Fraktion möchte beliebt machen, dass man den Antrag 8 umdreht und auf die ursprüngliche Form des Gemeinderates eintritt, also dahingehend, dass der Gemeinderat über die Einführung einer Bestattungsgebühr dem Einwohnerrat eine Vorlage unterbreitet, über die dieser dann abstimmen kann. Das ist ausweislich S. 4 des GRPK-Berichts derjenige Posten, der am härtesten treffen würde. Wenn man den nun nicht prüfen lässt, dann macht die ganze Übung nicht viel Sinn.

CVP: Silvia Bräutigam: Die CVP-Fraktion unterstützt den Antrag der GRPK. Der Gemeinderat will eine Gebühr für die bisher kostenlosen Bestattungsleistungen für Einheimische einführen. Im gesamten Leimental werden für diese Dienstleistungen keine Gebühren erhoben. Es kann nicht sein, dass Binningen als reiche Gemeinde jetzt auf einmal im Sparzwang für diese Dienstleistungen Gebühren erhebt.

SVP: Urs-Peter Moos: In der GRPK wurde festgestellt, dass das Einnahmepotenzial, von dem der Gemeinderat ausgeht, völlig utopisch ist. Wenn man es mit umliegenden Gemeinden vergleicht, käme Binningen mit der Einführung einer bescheidenen Gebühr niemals auf den angenommenen Betrag. Daher unterstützt die SVP-Fraktion den Antrag der GRPK.

SP: Traude Rehmann: Wenn sie sich wirklich ganz unbeliebt machen will, dann muss die FDP diese Gebühren einführen. Es ist ganz klar: Das ist Zunder, und das wird nicht goutiert.

FDP: Markus Ziegler: Dessen ist sich die FDP voll und ganz bewusst. Er freut sich, dass die SP seine Fraktion vor schlimmen Konsequenzen bewahren will. Das ist ein sehr emotionales Thema. Doch der Votant ist der Meinung, wenn man glaubwürdig Politik machen und über Einsparpotenziale diskutieren will, dann muss man das ganze Bild öffnen und nicht mit Scheuklappen durch die Welt laufen, auch wenn es ab und zu unangenehm ist. Alles andere wäre Populismus. Die FDP will, dass der Gemeinderat einmal zeigt, wie viel hinter der von ihm genannten - und von U.-P. Moos bezweifelten - Zahl steht. Es geht um eine Dienstleistung. Die Gemeinde erbringt viele Dienstleistungen, für die sie Geld verlangt. Das ist das Äquivalenzprinzip, wonach staatliche Dienstleistungen in diesen Bereichen kostendeckend sein sollen. Es handelt sich hier um einen speziellen Bereich. Aber wenn man die Sache nicht nur mit den Leimentaler Augen anschaut, ist es nicht so exotisch, wie es tönt. Die FDP ist sich bewusst, dass es ein emotionales Thema ist, aber sie möchte es anhand einer sauberen Vorlage des Gemeinderates sachlich diskutieren.

Grossmehrheitlich wird beschlossen:

://: Die vom Gemeinderat vorgeschlagene Einführung einer Bestattungsgebühr für Einheimische wird abgelehnt.

Antrag 9 betr. Konzept für Umgestaltung des Friedhofs

Verena Dubi, Präsidentin GRPK: „Konzept“ ist vielleicht ein etwas zu grosses Wort in diesem Zusammenhang. Es geht einfach darum, dass jemand - sei das nun eine Fachhochschule oder sei es die Gärtnerei - diesen Friedhof anschaut und dann aufzeichnet, wo man etwas anders gestalten könnte, so dass Einsparungen entstehen können. Die GRPK hat bei einer Besichtigung gesehen, dass hier und da Änderungen möglich wären, die optisch wie finanziell etwas bringen würden.

SP: Severin Benneisen gibt in seiner Eigenschaft als Landschaftsgärtner eine Anregung. Er hält es für sinnvoll, eine Umgestaltung abzuklären, die zu weniger Arbeitsaufwand führt. Er ist aber auch der Meinung, dass der Friedhof eine der letzten öffentlichen Grünflächen und auch eine Ruhezone ist. Hier sollte man sich auch weiterhin einmal hinsetzen können, und dies im Sommer im Schatten. Bei einer allfälligen Umgestaltung muss ferner auch die Ökologie und damit der Lärm berücksichtigt werden. Man sollte also darauf achten, dass Arbeitsrationalisierungen nicht zu sehr mit lautem Maschineneinsatz verbunden sind.

Grüne/EVP: Rahel Bänziger Keel: Im Werkhof hat es Fachleute, Gärtner. Die können das selber in die Hand nehmen. Die Grünen sind der Überzeugung, dass die Gärtner den Friedhof selbst so umgestalten können, dass es für sie weniger arbeitsintensiv ist. Dafür braucht es keine teure Studie. Es ist in den Augen der Grünen paradox, dass man, um Geld einzusparen, zuerst einmal eine teure Studie erstellen lassen soll. Daher lehnen die Grünen den Antrag ab. Die Gärtner wissen selbst, was ihnen am meisten Arbeit bereitet, sie können das selbst reduzieren und passant erledigen.

SVP: Urs-Peter Moos: Die SVP stimmt dem Votum der Grünen/EVP im Grundsatz zu. Die SVP ist dahingehend informiert, dass die Gemeindegärtner im Winterhalbjahr, wenn sonst wenig Arbeit ansteht, die Zeit nutzen, um die Rabatten auszuräumen bzw. sie unterhaltsärmer zu gestalten. Man könnte da auch eine Zielvereinbarung treffen, um sukzessive eine gewisse Rationalisierung herbeizuführen, ohne den Charakter des Friedhofs nachhaltig zu stören. Heute Abend geht es aber dar-

um, eine Offerte in Auftrag zu geben, nicht eine Massnahme oder ein Projekt. Von daher kann die SVP-Fraktion den Antrag, wie er hier formuliert ist, unterstützen.

Grossmehrheitlich wird beschlossen:

://: Der Gemeinderat legt dem Einwohnerrat ein Konzept für Umgestaltungsmassnahmen des Friedhofs vor. Das Konzept beinhaltet neben der eigentlichen Gestaltung auch Vergleiche mit ähnlichen Anlagen und Aussagen über die notwendigen Investitionen und zu erwartenden Einsparungen.

Antrag 10 a. betr. Personalreglement, Jubiläumsprämie

SP: Albert Braun: Die Gemeinde hat sich bei ihrem Personalreglement sehr eng an den Kanton angelehnt. Vor vier Jahren wurde es komplett revidiert. Die Gemeinde übernahm damals den Standard des Kantons. Das heisst, man hat eine Jubiläumsprämie angesetzt nach 10, 15, 20, 25, 30 Jahren. Wenn es für die Angestellten nicht so angenehm ist - wie zum Beispiel bei der Frage des Teuerungsausgleichs im vergangenen Dezember - hat sich die Gemeinde dem Kanton angeschlossen. Darum ist es eigentlich nicht verständlich, dass man sich in der vorliegenden Frage wieder vom Kanton entfernen soll. Der Votant schlägt daher vor, bei der aktuellen Regelung zu bleiben. Die SP lehnt den Antrag der GRPK mehrheitlich ab.

Mit 25 Ja zu 12 Nein, bei zwei Enthaltungen, wird beschlossen:

://: Das Personalreglement ist wie folgt zu revidieren: Die Jubiläumsprämie wird erst vom 15. Dienstalter an entrichtet.

Antrag 10 b betr. Personalreglement, Prämien UVG Zusatzversicherung

SP: Albert Braun: Die UVG Zusatzversicherung ist eine Leistung, die die Gemeinde erbringt, der Kanton aber nicht. Hier kann man sich also nicht an den Kanton anlehnen. Die Versicherung für Heilungskosten weltweit und Lohnfortzahlung unabhängig vom Dienstalter ist an und für sich sinnvoll, schießt aber über das Ziel hinaus bei der Frage der Spitalpflege 1. Klasse. Das geht nach Meinung der SP zu weit. Man müsste aber einmal genauer abklären, wie die Kosten aussähen, wenn nur die 2. Klasse versichert wäre. Auch sollten verschiedene Möglichkeiten der Karenzfrist für den Beginn der Lohnfortzahlung geprüft werden. Weiters müsste die Kostenbeteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer neu abgeklärt werden. Bis entsprechende Ergebnisse vorliegen, ist die SP-Fraktion mehrheitlich gegen die jetzt vorliegende Sparmassnahme.

Grossmehrheitlich wird beschlossen:

://: Das Personalreglement ist wie folgt zu revidieren: Das Personal übernimmt 50% der Prämien der UVG Zusatzversicherung selbst.

Traktandum 3

Gesch. Nr. 108

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 01.02.2011

Primarschulhaus Neusatz; Investitionsausgabe für die Fenstersanierung der Turnhalle von CHF 120'000.--

Geschäftskreisführung: Nicole Schwarz

CVP: Lukas Metzger möchte einen Nachtrag zum vorigen Traktandum anbringen betr. der Frage, ob bei Antrag 5 die Schulratsmitglieder in den Ausstand treten mussten oder nicht. Gemäss § 6 der einwohnerrätlichen Geschäftsordnung muss zwar in Ausstand treten, wer betroffen ist. Aber die Entscheidung, ob Betroffenheit vorliegt, trifft der Rat; es tritt kein Automatismus ein. Der Votant macht diesen Hinweis für das nächste Mal, damit dann darüber abgestimmt wird, ob jemand betroffen ist.

Präsident Alex Achermann fragt an, ob aufgrund dessen Rückkommen beantragt wird. Dies ist nicht der Fall.

Grüne/EVP: Rahel Bänziger Keel: Die Fraktion Grüne/EVP dankt dem Gemeinderat für die detaillierte Vorlage zur Fenstersanierung an der Neusatz-Turnhalle sowie für die Gegenüberstellung von Totalsanierung und Fenster-Teilsanierung. Dies ermöglicht es dem Einwohnerrat, ein Zeichen für ökologisches Handeln zu setzen. Der Gemeinderat hat sich in seinem Legislaturprogramm ökologisches und nachhaltiges Handeln vorgenommen. Nun braucht er die Unterstützung des Einwohnerrats, um dies umsetzen zu können. Der Einwohnerrat kann nun den Gemeinderat in seinem Weg bestärken, indem er eine Totalsanierung der Teilsanierung vorzieht. Die Grünen/EVP befürworten die Sanierung, und sie bevorzugen ganz klar die Totalsanierung der Turnhalle. In der ersten Vorlage wurde dargelegt, dass der erforderliche Dämmwert nur mit Dreifachverglasung erzielt werden kann. Jetzt wird ersichtlich, dass dies sehr wohl auch mit Doppelverglasung möglich ist. Der springende Punkt sind hier wohl die Subventionsbeiträge, die es nur bei Dreifachverglasung gibt. Dies nehmen die Grünen/EVP einfach zur Kenntnis. Die Rechnung sieht so aus: Für eine Investition von CHF 120'000 spart die Gemeinde CHF 750 an Heizkosten pro Jahr, dies bei den jetzigen Ölpreisen. Aber wer kennt jetzt schon die Entwicklung der Ölpreise über die nächsten zwei Generationen? Sicher ist nur, dass Heizöl bestimmt nicht billiger wird - und dass es begrenzt vorhanden ist. Man denke auch an die Situation in Libyen und an den Flächenbrand, den das ausgelöst hat. Man muss daher kein Prophet sein um die Prognose zu stellen, dass Heizöl bald noch sehr viel teurer werden wird. Nochmals zurück zu der Rechnung: Mit CHF 120'000 spart die Gemeinde CHF 750 an Heizkosten jährlich. Investiert sie aber CHF 340'000, also knapp dreimal so viel, dann spart sie CHF 3'800 an Heizkosten, bei heutigen Preisen. Das ist mehr als fünfmal so viel. Mit der dreifachen Investition kann das Fünffache gespart werden. Für die Amortisation dieser nachhaltigen Investition darf nicht der heutige Energiepreis herangezogen werden. Der Gemeinderat zeigt gut auf, dass die Amortisationsdauer, beruhend auf derartig schwankenden Parametern, keine gute Prognose erlaubt. Würde man nämlich den geplanten Werkhof auf diese Weise amortisieren, dann wäre wahrscheinlich überhaupt keine Abstimmung mehr nötig. Die Votantin ruft daher dazu auf, ja zu deiner Totalsanierung zu sagen und den Gemeinderat in seinem Bestreben zu unterstützen, seinem Legislaturprogramm gerecht zu werden. - Ein Nachsatz noch zum kantonalen Gebäudeinventar BIB. Im Landrat sind mehrere Vorstösse in Bearbeitung, die eine Aufweichung der Denkmalpflege hinsicht-

lich der energetischen Sanierung von Altbauten verlangen. Auf diesem Gebiet ist einiges in Bewegung. Ein Umdenken findet statt. Die Votantin ist daher der Meinung, dass BIB kein Grund sein sollte, auf die Totalsanierung zu verzichten. Die Grünen/EVP werden den Gemeinderat darin unterstützen, eine nachhaltige Lösung zu verwirklichen und sprechen sich daher für eine energetische Totalsanierung der Neusatz-Turnhalle aus. Den Antrag 2 werden sie aber, wie auch schon beim letzten Mal, ablehnen.

SP: Simone Abt: Auch die SP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für die klare und verständliche Vorlage, die den Handlungsspielraum und die Optionen differenziert darstellt und einen nachvollziehbaren und begründeten Entscheid als Antrag präsentiert. Das ist nicht unbedingt selbstverständlich, nachdem sich der Gemeinderat nach Rückweisung der vorgängigen Vorlage in diesem Saal mangels expliziten Auftrags selbst einen solchen aus den Voten herausspüren und ausformulieren musste. Der Antrag des Gemeinderates zielt klar darauf ab, nur das Nötige zu machen, das aber in Anbetracht des Preis-Leistungsverhältnisses in optimaler Qualität: also Dreifach-, nicht Doppelverglasung. Es wird umsichtig darauf verzichtet, den gesamten für Umbau und Erweiterung des ganzen Neusatz-Schulhauses gesprochenen Kredit von CHF 300'000 auf einmal für eine Super-Sanierung der Turnhalle auszugeben. Beantragt wird eine von weiteren Sanierungsschritten unabhängig umsetzbare Massnahme. Das heisst, alle weiteren Möglichkeiten bleiben nach wie vor offen im Rahmen der zurückgestellten Umbau- und Erweiterungsarbeiten am ganzen Schulhaus. In diesem Kontext ist es wohl auch sinnvoll, die Dämmung der Ost-, West- und Nordfassade der Turnhalle nicht jetzt schon durchzuführen - gerade wegen der architektonischen Komponente, die das Ganze mit sich bringt. Die SP-Fraktion stimmt dem Antrag 1 des Gemeinderates - CHF 120'000 Investitionsausgabe für eine Fenstersanierung mit Dreifachverglasung - zu. Zum Antrag 2, Restkredit, möchte die SP-Fraktion vom Gemeinderat aber noch erfahren, warum die Punkte 2 und 5 der Aufstellung - nämlich Boden der Halle und des Geräteraumes sowie die Estrichböden dieser beiden Räume, was sehr energiewirksam wäre, und was die SP sehr unterstützen würde - nicht auch zum jetzigen Zeitpunkt zur Umsetzung beantragt werden.

FDP: Willy Müller: Die FDP sieht das nicht ganz so und folgt mehrheitlich dem Vorschlag des Gemeinderates, und zwar aus folgenden Gründen. Bei den Fenstern besteht zwischen Zweifach- und Dreifachverglasung lediglich eine Differenz von CHF 9'000. Obwohl auch mit einer Zweifachverglasung bessere K-Werte erreicht werden können, als es in der Vorlage steht, unterstützt die FDP den Vorschlag der Dreifachverglasung. Schade ist, dass die Turnhalle im Gebäudeinventar als kommunal schutzwürdig aufgeführt ist, wodurch grössere Fenster mit viel mehr Lichteinfall nicht möglich sind. Zur Dämmung wurde verlangt, dass Boden, Fenster, Dach und Fassaden ganzheitlich angeschaut werden, und dies würde gesamthaft CHF 337'000 kosten. Die Energieeinsparung ist lediglich CHF 3'800 pro Jahr, was zu einer Amortisation von 80 bis 90 Jahren oder zwei Generationen führt. Auch privat würde man so etwas nicht machen. Das heisst, es ist richtig, dass der Gemeinderat nur das machen will, was man machen muss, also die Fenster. Das sind Holzfenster, die nicht mehr dicht sind, folglich muss man das in Ordnung bringen, obwohl auch hier keine Wirtschaftlichkeit gegeben ist. An der Vorlage, die im Übrigen gut ist, stören den Votanten die Planungskosten auf S. 4, die bei einer Gesamtsanierung CHF 40'650 betragen würden. Die Diskussion unter Traktandum 1 - KAP - lässt grüssen. Unterhaltsarbeiten bis CHF 300'000 sollten von der Bauabteilung geplant werden können und nicht von Architekten und Ingenieuren mit SIA-Honorar. Kleine Sachen sollte man in der Bauverwaltung machen und die grossen Projekte outsourcen. Die FDP unterstützt die beiden Anträge. Ja zu den Fenstern für CHF 120'000, und ja zur Abrechnung des nicht benötigten Restkredits.

CVP: Lukas Metzger: Die CVP-Fraktion dankt der Verwaltung für die Überarbeitung der Vorlage und für die Beantwortung der Fragen sowie die zusätzlichen Abklärungen. Allerdings ist die CVP nicht überzeugt. Aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten muss man sagen: Die Amortisation ist mit 90 Jahren für die CHF 337'000 respektive 148 Jahren für die CHF 111'000 einfach nicht gegeben. Auch wenn der Ölpreis sich verdoppelt, dann sind diese Fenster eben in 75 Jahren amortisiert. Das kauft

einfach niemand ab unter ökologischen Voraussetzungen. Gerade an die Grünen gerichtet ist zu sagen: Wenn man etwas Neues kauft, dann braucht dessen Herstellung und Installation ja auch Energie. Zum anderen: Böden und Estrich zu dämmen wäre vom ökologischen Standpunkt aus sehr viel rentabler. Dort ist der Return sehr hoch. Falls diese Fenster undicht sind, könnte man sie auch flicken. Und wenn es zieht, ist das in einer Turnhalle nicht so wesentlich, weil eine gewisse Durchlüftung dort durchaus erwünscht ist. Zusammenfassend: Auch wenn ein Kredit bewilligt ist, muss man ihn nicht unbedingt ausführen.

SVP: Roy Ewald: Die SVP-Fraktion ist der Meinung: Wenn wir Energie sparen, dann machen wir das richtig. Eine Energieersparnis nur durch die Fenstersanierung erscheint der SVP viel zu gering. Sie ist daher für eine Gesamtsanierung, wie sie in dem Bericht vorgeschlagen wird. Mit der Ausführung einer Gesamtsanierung, die nur dreimal so teuer ist wie eine Fenstersanierung mit Dreifachverglasung, können fünfmal so viel Heizkosten wie bei der reinen Fenstersanierung eingespart werden. Zudem ist eine Investitionsausgabe für den Umbau und die Erweiterung des Primarschulhauses Neusatz für CHF 300'000 in der Einwohnerratssitzung vom 09.06.2008 bewilligt worden. Die Gesamtkosten für die Gesamtsanierung belaufen sich auf CHF 337'000 und würden somit den Kredit nur um etwas mehr als zehn Prozent überschreiten. Die denkmalpflegerischen Argumente gegen die Gesamtsanierung, wie sie im Bericht aufgeführt sind, sind nach Meinung des Votanten insofern nicht stichhaltig, als umweltschützerische Massnahmen höher zu gewichten sind. Es kommt dazu, dass eine Energiesanierung nachhaltiger ist, da auch die folgende Generation davon profitieren kann. Zudem gibt es bei einer Totalsanierung nur eine Baustelle, und das ist sicher kosteneffizienter. Das Geld, das man für eine Gesamtsanierung ausgibt, ist sicher ein gut investiertes Geld. Die SVP lehnt den Antrag des Gemeinderates ab und stellt stattdessen den Antrag auf Durchführung einer Gesamtsanierung, wie sie im Geschäft Nr. 108 beschrieben ist.

FDP: Markus Ziegler bittet um Entschuldigung, dass er als ausgewiesener Nichtfachmann sich nach all den Experten zu Wort meldet. Er ist der Diskussion über Rendite und Nutzen usw. mit grossem Interesse gefolgt. Wenn man die Rendite anschaut, muss man sagen: Die Post gewährt der Gemeinde einen Vorzugszinssatz auf dem Postkonto; also sollte man das Geld lieber dort lassen, das gibt auf jeden Fall die höhere Rendite als die Sanierung im Neusatz-Schulhaus, wie auch immer diese ausgeführt wird. Den Votanten hat an der Vorlage gestört, dass sehr breit über unterschiedliche Verglasungen, Dämmungen etc. geschrieben wurde, aber über das eigentliche Problem hat er nichts gefunden. Ist das Problem nicht ganz einfach, dass es durch diese Fenster herein windet und -regnet, und die Kinder müssen dort drin Unterricht haben? Wenn man dies beseitigt - das ist doch auch ein Nutzen. Man soll doch einfach diese Fenster ersetzen, damit diese Turnhalle wieder ganz normal als Turnhalle gebraucht werden kann. Die Diskussion über Dämmwerte etc. ist akademisch, und eine Rendite gibt es in keinem Fall. Man will doch einfach, dass die Kindern und die Vereine eine anständige Turnhalle haben.

SVP: Christoph Anliker: Lukas Metzger hat zutreffend erwähnt, dass man die Gestellungsenergie auch noch einrechnen müsste. Unter diesem Aspekt muss man sagen, eine Baustelle wäre sicher besser als wenn man in zeitlichen Abständen das Dach und dann evtl. den Boden machen würde. Es wäre daher besser, jetzt gleich alles zu machen. - Zum Votum der Grünen betr. Legislaturprogramm des Gemeinderats: Das stimmt nicht ganz. Wenn der Gemeinderat sich sein eigenes Legislaturprogramm zu Herzen nehmen würde, dann hätte er eine Gesamtsanierung vorgeschlagen, nicht nur die Fenstersanierung, aber das nur am Rande.

Gemeinderätin Nicole Schwarz dankt für die zahlreichen interessanten Voten aus dem Rat. Zum Antrag der SVP - und indirekt auch der Grünen - betr. Gesamtsanierung: Der Gemeinderat hat durch den Energieberater nachprüfen lassen, dass das Energieeinsparpotenzial ausgewiesen ist. Eine Sanierung, auch wenn sie in mehreren Schritten erfolgen würde, wie es in der Gemeinderatsvorlage vorgesehen ist, wäre sinnvoll - in dem Rahmen, wie man heute derartige Massnahmen als

sinnvoll ansieht: Man weiss, dass es einige Generationen dauert, bis sich das wirklich finanziell lohnt. Die Erkenntnisse, die man aus dieser Studie gewonnen hat, gehen ja nicht verloren, egal, wie sich der Ölpreis verändert. Insofern ist dies ein gutes Argument, etappenweise vorzugehen - zuerst die Fenster, dann die anderen Massnahmen.

Gegen eine Totalsanierung zum jetzigen Zeitpunkt sprechen nach Auffassung des Gemeinderates auch die folgenden drei Dinge: Zunächst ist zur Vorlage zu sagen, dass man nur die Kosten der Fenstersanierung kennt, dies mit einer Genauigkeit von plus/minus zehn Prozent. Alle anderen Preise in der Vorlage beruhen auf Schätzungen; hier hat sich der Energieberater an Richtwerten orientiert, bei denen man mit einer Abweichung vom plus/minus 20 Prozent rechnen muss. Es wäre daher etwas salopp, wenn man sagen würde: Diese geschätzten Kosten der Totalsanierung sind ja fast der gleiche Betrag wie der Kredit, also machen wir das. Seriöser wäre es, den Kredit an den Gemeinderat zurückzugeben mit dem Auftrag, ein sauberes Projekt auszuarbeiten. Dann sieht man, was das wirklich kostet. Dann allerdings würde es zeitlich nicht reichen, die Totalsanierung noch in diesem Jahr durchzuführen, zumal, wie schon letztes Mal gesagt, für derartige Arbeiten in einem Schulhaus meistens die Sommerferien genutzt werden.

Der zweite Punkt ist, dass man jetzt mit Hochdruck die Schulraumplanung auf kommunaler Ebene angeht. Es wird der Raumbedarf für die Umsetzung von HarmoS ermittelt. Im Neusatz-Schulhaus hat man gerade in den letzten 14 Tagen herausgefunden, dass es unter der Turnhalle zwei Räume hat, die sehr gut für den Ausbau zweier Werkräume geeignet wären. Das heisst, die energetische Sanierung des Hallenbodens könnte allenfalls auch im Zusammenhang mit einem solchen Projekt einfacher und auch noch in einem doppelten Sinn nützlicher umgesetzt werden. Das heisst, zum jetzigen Zeitpunkt eine Totalsanierung zu beschliessen, würde vorgreifen.

Der dritte Punkt ist, dass man zurzeit auch an einer Energiebuchhaltung sämtlicher Gemeindelienschaften arbeitet. Wenn man nun ein Gebäude dort herausnehmen und vollständig sanieren würde, dann wäre das zwar auch gut, aber man hätte nicht das ganze Bild gehabt und auch nicht wirklich gesehen, wo wirklich der grösste Bedarf und die grössten Potenziale sind. Doch das möchte der Gemeinderat zuerst einmal sauber zu Papier bringen.

Damit ist eine Frage beantwortet, die von der SP kam betr. Bodensanierung. Auch der Estrich würde eine Energieeinsparung bringen, aber auch dies kann man etappiert zu einem Zeitpunkt vornehmen, wo es von den Finanzen her im üblichen Gebäudeunterhalt drinliegt.

CVP: Katrin Bartels turnt einmal wöchentlich in dieser Turnhalle. Vielleicht ist immer schönes Wetter wenn sie dies tut, jedenfalls hat sie noch nie gesehen, dass es dort hereinregnet. Andere Leute haben Begehungen gemacht und offensichtlich anderes gesehen. Den kalten Boden hingegen spürt sie durchaus; diesbezüglich findet sie aber die Argumentation von Gemeinderätin Nicole Schwarz betr. allfälliger Massnahmen im Zusammenhang mit HarmoS einsichtig. Die Votantin fragt, ob jemand im Rat tatsächlich das Hereinregnen per Augenschein feststellen konnte.

Grüne/EVP: Rahel Bänziger Keel hält am Antrag der Grünen/EVP-Fraktion fest, eine grössere Sanierung vorzunehmen, nicht nur die der Fenster. Es ist jetzt an der Zeit, ein Zeichen zu setzen.

FDP: Gerhard Metz: Gemeinderätin Schwarz hat jetzt wichtige Informationen gegeben, die der Votant zuvor nicht hatte. Wenn für die Nutzung bestehender Räume Ideen vorhanden sind, deren Realisierung man sich aber mit einer Totalsanierung zum jetzigen Zeitpunkt verbauen würde, dann ist das wirklich ein Grund, so vorzugehen, wie es der Gemeinderat vorschlägt. Ausserdem: Dass man an einem Haus zuerst die Fenster saniert, ehe man allenfalls noch andere Massnahmen ergreift, die mit Dämmung zu tun haben, ist etwas völlig Normales. Fensterersatz ist auch keine aufwendige Baustelle, das läuft heute so schnell ab, dass teilweise die Leute wohnen bleiben können.

SP: Barbara Jost Zürcher möchte eine Antwort auf die Frage von Katrin Bartels geben. Sie hat in der Halle Turnen unterrichtet, vor bald zehn Jahren. Und je nachdem, von welcher Seite und wie heftig es regnete, war es nass.

Präsident Alex Achermann hat aufgrund der Diskussion den Eindruck, dass das Eintreten auf das Geschäft nicht bestritten ist. Wie soll nun vorgegangen werden in der Situation, dass der Gemeinderat einen genau bezifferten Kredit beantragt, wobei aber verschiedene Dinge noch offen sind. Der Präsident schlägt getrennte Abstimmung vor, zum einen über den beantragten Kredit von CHF 120'000, die an sich unbestritten sind. Sie sind auch innerhalb der Gesamtsanierung enthalten. In einem zweiten Schritt - wobei das Problem ist, dass noch nichts Konkretes auf dem Tisch liegt - soll nach dem Vorschlag des Präsidenten abgestimmt werden über einen Auftrag an den Gemeinderat, eine Vorlage über eine Gesamtsanierung zu unterbreiten.

Grüne/EVP: Rahel Bänziger Keel: Die Zahlen - sowohl für die Fenster- wie für die Gesamtsanierung - sind ja vorhanden. Der Gemeinderat hat sie genannt und beide Varianten gegeneinander gestellt und sie auch miteinander verglichen in Bezug auf Amortisationszeit.

Gemeinderätin Nicole Schwarz: Die Zahlen stimmen, aber sie basieren wie gesagt auf Richtwerten mit einer Unsicherheit von plus/minus 20 Prozent.

SP: Verena Dubi: Bei dem Kredit, der seinerzeit gesprochen wurde, ging es nicht darum, dass die ganzen CHF 300'000 in die Sanierung der Turnhalle hätten fließen sollen, sondern der Kredit wurde gesprochen für eine Sanierung diverser Sachen am ganzen Schulhaus. Es wäre nicht sinnvoll, jetzt die Turnhalle insgesamt herauszuputzen. Die Fenster müssen gemacht werden. Allenfalls wäre es noch sinnvoll, auch den Estrich zu dämmen, aber alles, was den Boden oder die Fassade angeht, muss man lassen, bis das Schulhaus so oder so umgebaut wird - und dies wird man tun müssen.

SP: Severin Brenneisen gibt zu bedenken, ob es nicht zu einer zeitlichen Verzögerung führt, wenn man so vorgeht wie vom Präsidenten vorgeschlagen. Wie wäre dann der genaue Ablauf? Würde man dann unabhängig von der Vorlage, die der Gemeinderat erarbeiten müsste, zuerst die Fenster sanieren? Oder würde man auf die Gesamtvorlage warten und erst dann die Fenster sanieren?

SVP: Urs-Peter Moos: Die SVP ist mit dem vom Präsidenten vorgeschlagenen Vorgehen einverstanden.

FDP: Markus Ziegler: Ihn dünkt das vom Präsidenten vorgeschlagene Vorgehen nicht richtig. Es gibt eine Vorlage des Gemeinderates, wonach die Fenster für CHF 120'000 saniert werden sollen. Man kann hiermit nicht einverstanden sein und es ablehnen. Man kann aber nach Meinung des Votanten nicht beliebig anfangen, „Architekt zu spielen“. Auch wenn es hinten im Text der Vorlage des Gemeinderates Angaben dazu hat - dies war nicht die Intention des Gemeinderates. Der Votant hat Mühe, zu so etwas ja oder nein zu sagen. Zu den Fenstern hingegen hat man die Grundlagen. Wenn man das andere wollte, müsste man eine Rückweisung an den Gemeinderat beschliessen mit dem Antrag, eine entsprechende Vorlage zu bringen.

Präsident Alex Achermann fragt, ob ein Rückweisungsantrag gestellt wird.

SVP: Urs-Peter Moos: Die Äusserungen von Markus Ziegler sind soweit nachvollziehbar. Sollte der Rat die Fenstersanierung genehmigen, dann müsste der Gemeinderat beauftragt werden, eine Vorlage für eine Sanierung der übrigen Gebäudeteile vorzulegen, nicht mehr für eine Gesamtsanierung, da ja die Fenster dann gemacht wären.

Präsident Alex Achermann: Dies wäre eigentlich der Vorschlag gewesen, den er zu unterbreiten versuchte. Er fragt erneut, ob ein Rückweisungsantrag gestellt wird. - Dies ist nicht der Fall. - Damit ist das Eintreten beschlossen. Der Präsident eröffnet die Detaildebatte.

Grossmehrheitlich wird beschlossen:

://: Aus dem bewilligten Kredit von CHF 300'000.– wird für den Ersatz der Turnhallenfenster eine Investitionsausgabe von CHF 120'000.– bewilligt.

Mit 21 Ja zu 13 Nein, bei 5 Enthaltungen, wird beschlossen:

://: Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Einwohnerrat eine Vorlage für eine Gesamtsanierung (exkl. Fenstersanierung) zu unterbreiten.

Traktandum 4

Diverses

Anfragen:

Präsident Alex Achermann: Die Vielzahl der vorliegenden Anfragen in Verbindung mit deren Detaillierungsgrad sprengt den Rahmen dessen, was in der zur Verfügung stehenden Frist bearbeitet werden kann. Das Institut der Anfrage hat den Vorteil, dass man schnell und kurz eine Antwort erhalten kann, eine einfache Antwort zu einer einfachen Frage, die gerade drängt. Was jedoch hier vorliegt, ist eindeutig zu viel, es sind eigentlich Interpellationen, verästelt und kompliziert aufgebaut. Man könnte das System mit den Anfragen kaum längerfristig aufrecht erhalten, wenn dies Schule machen würde. Der Gemeinderat hat sich eingesetzt und versucht, die Anfragen zu beantworten. Der Präsident appelliert jedoch an den Rat, sich in Zukunft bei den Anfragen zu beschränken und sie nicht in diesem Detaillierungsgrad und in dieser Komplexität einzureichen.

Anfrage Willy E. Müller, FDP

betr. Garderobengebäude auf der Sportanlage Spiegelfeld
Gesch. Nr. 144

Gemeinderat Bruno Gehrig: Der Einwohnerrat hat das Geschäft am 31. Januar 2011, also vor einem Monat, behandelt. Er hat es an den Gemeinderat zurückgewiesen zur Ausarbeitung einer neuen Vorlage. Der Einwohnerrat hat auch klar gesagt, dass dies beförderlich geschehen soll. Zu den Fragen:

1. Bis wann gedenkt der Gemeinderat die neue Vorlage vorzulegen?

- Antwort: Die Absicht ist, dies am 23. Mai zu tun. Sollte es dort nicht möglich sein, dann wäre es in der Juni-Sitzung. Es müssen einige Abklärungen vorgenommen werden; es hängt davon ab, wie schnell die Ergebnisse eingehen.

2. Welche Priorität räumt der Gemeinderat diesem Projekt bei: a) hoch/dringend, b) mittel/demnächst, c) auf Zusehen?

- Antwort: sehr hoch

Anfrage Barbara Jost Zürcher, SP

betr. Subvention Theater Basel

Gesch. Nr. 145

Gemeinderat Bruno Gehrig: Zuerst zwei Vorbemerkungen. Vorerst darf man feststellen, dass der Gemeinderat jährlich an die kulturellen Zentrumsfunktionen der Stadt Basel CHF 100'000 zahlt. Von diesem Betrag erhält das Stadttheater direkt CHF 20'000. Sodann gibt die Gemeinde weitere CHF 20'000 aus diesen CHF 100'000 in den Topf der Vorortskonferenz, und die Vorortskonferenz verteilt jedes Jahr die von den Mitgliedsgemeinden eingezahlte Summe, und davon erhält das Stadttheater ebenfalls wieder einen Betrag. Auch da ist also ein Anteil von Binningen dabei. Zweite Vorbemerkung: Für den Gemeinderat ist es ganz wichtig, dass man die Frage Stadttheater nicht mit dem Finanzausgleich koppelt. Das wäre aus Sicht des Gemeinderats sehr ungeschickt. Im Landrat wurde in dieser Angelegenheit eine dringliche Interpellation eingereicht. Im Rahmen der geplanten Tagsatzung Kultur findet am 7. Mai ein Runder Tisch statt. Dort sind alle interessierten Gemeinden eingeladen, der Gemeinderat Binningen hat sich bereits angemeldet.

Nun zu den konkret gestellten Fragen:

1. Gibt es eine Möglichkeit, ähnlich wie beim Fluglärm, eine Interessengemeinschaft innerhalb des Bezirks Arlesheim fürs Theater zu gründen?

- Antwort: Diesbezüglich will der Gemeinderat vorerst abwarten.

2. Hat der Gemeinderat mit den anderen Gemeinden des Bezirks zu diesem Anliegen bereits Gespräche geführt? Mit welchen Erkenntnissen?

- Antwort: Gespräche haben nicht stattgefunden.

3. Sind bereits Gespräche mit Liestal zu diesem Thema geführt worden?

a. Falls ja: mit welchem Ergebnis?

- Antwort: Gespräche haben noch nicht stattgefunden.

b. Falls nein: Kann sich der Gemeinderat vorstellen, das Gespräch mit Liestal zu suchen?

- Antwort: Ja, im Rahmen des erwähnten Runden Tisches.

Abschliessend noch: Natürlich ist im Zusammenhang mit dem Budget 2012 die Frage einer - evtl. höheren - Beitragsleistung wieder zu prüfen.

Anfragen*Peter Buess, Grüne/EVP;**Jean Bernard Urech, Grünliberale;**Fredy Gerber, SVP;**Urs-Peter Moos, SVP***betr. Werkhof (diverse Aspekte)**

Gesch. Nr. 146, 147, 148, 150

Gemeinderätin Agathe Schuler: Bevor ich die einzelnen Fragen der Geschäfte 146, 147, 148 und 150 beantworte, die sich alle auf den heutigen Werkhof bzw. auf das Projekt „gemeinsamer Werkhof Binningen-Bottmingen, Bewilligung eines Planungskredits“, beziehen, eine kurze Rekapitulation:

Der Einwohnerrat hat an zwei Sitzungen, im März und im September 2010, die Vorlagen 62 und 62A beraten und beschlossen. Die Vorlage 62 ist auch in der BPK behandelt worden, und die Kommission hat dem Einwohnerrat ihren Bericht mit Anträgen vorgelegt. Die Vorlage 62A ist dann, so der Beschluss des ER, nicht in die BPK geschickt worden. Der Einwohnerrat hat im März 2010 einen positiven Grundsatzentscheid zum Projekt „gemeinsamer Werkhof“ gefällt und in einem zweiten Schritt im September Ja zum Planungskreditkredit von 315'000 CHF gesagt. Über diesen Kredit werden die Stimmberechtigten von Binningen am 27. März abstimmen. Seit der Beschlussfassung des Einwohnerrates im vergangenen September hat keine weitere sachliche Bearbeitung des Projektes stattgefunden, der Detaillierungsgrad vom Projektes heute ist also der Gleiche wie im letzten September.

Antworten zur Anfrage Buess (Nr. 146)

Da geht es um Fragen betreffend die Nachfolge des heutigen Werkhofleiters, wenn dieser pensioniert wird. Die einzelnen Fragen haben Sie vor sich.

1. Die Anforderungen an den künftigen neuen Leiter vom Werkhofs basieren auf einem Aufgabenbeschrieb; dieser beinhaltet: Gesamtleitung, Arbeitsvorbereitung, Arbeitssicherheit, Personal-Einsatz, Infrastruktur, Maschinen/Geräte, Büroarbeiten, Rapporte, Spezialaufgaben. Im Aufgabenbeschrieb werden Anforderungen an die Fach- und Führungskompetenzen sowie an die berufliche Erfahrung gestellt.
2. Eine akademische Ausbildung ist in keinem Fall zwingend. So könnte z.B. ein erfahrener Bauführer mit entsprechender Erfahrung und Fachkenntnissen den Werkhof leiten.
3. Die Berufsausbildung der Lehrlinge ist nicht zwingend durch die Werkhof-Leitung vorzunehmen. Schon heute sind im Werkhof mehrere Personen dafür zuständig.
4. Der Gemeinderat geht nicht davon aus, dass eine andere als die bisherige Lohnklasse zu Anwendung kommt.
5. Es wird nicht zu einer Kluft kommen.
6. Anstellungsbehörde der neuen Werkhofleitung die eine Ressortleitung ist, ist gemäss Personalreglement der Gemeinderat. Im den Rekrutierungsprozess mit einbezogen werden, neben dem zuständigen Gemeinderatsmitglied, der direkte Vorgesetzte - das ist der Abteilungsleiter-, der Personaldienst und der Gemeindeverwalter.

Antworten zur Anfrage Urech (Nr. 147)

1. Aus heutiger Sicht spricht die einmalige Chance, einen gemeinsamen Werkhof mit Bottmingen an einem Standort zu realisieren, dafür, den Werkhof am jetzigen Standort bis in ca. drei Jahren zu ersetzen. Alle Vorteile legt der Gemeinderat in seinen Berichten an den Einwohnerrat - Nr. 62, 62A - und auch in den Abstimmungsunterlagen dar. Die Raumverhältnisse im bestehenden Werkhof sind zudem nicht mehr ideal. Das wäre aber noch kein Grund gewesen, schon heute nach einem neuen Standort herumzuschauen. Man

- hätte dann wahrscheinlich gewartet, bis sich der Sanierungsbedarf in fünf bis zehn Jahren im Investitionsplan niedergeschlagen hätte.
2. Mit Geschäft Nr. 62 hat der Einwohnerrat eine Beilage bekommen, aus der hervorgeht, wie sich die Betriebskosten der beiden Werkhöfe, Stand per Rechnung 2008, auf die einzelnen Leistungen verteilen. Die Betriebskosten umfassen die Personal- und Sachkosten. Es handelt sich dabei nicht um eine Vollkostenrechnung, da die Overhead-Kosten, das sind Personaladministration, Rechnungswesen, IT und kalkulatorischen Grössen wie Abschreibungs- und Zinskosten, nicht berücksichtigt sind.
 3. Anhand der vorliegenden Kostenrechnung und des Leistungskatalogs sowie der Empfehlungen aus der Machbarkeitsstudie sind in den Bereichen Personalkosten, Sachkosten, Fahrzeuge/Maschinen und Infrastruktur Optimierungen berechnet worden. Das gesamte Optimierungspotenzial ist im Einwohnerrat an der Sitzung vom 6. September 2010 in komprimierter Form präsentiert worden; vergleiche Seiten 4, 5 und 6 der Vorlage 62A. Der ER hat in der Folge mit 14 Ja, 21 Nein bei 2 Enthaltungen den Antrag auf Überweisung des Geschäfts an die Bau- und Planungskommission abgelehnt. Im gegenwärtigen Stand der Planung liegen keine weiteren detaillierteren Zahlen vor.
 4. Nochmals zur Vollkostenrechnung: Wie mit Geschäft Nr. 62, Seite 4, festgehalten, gilt: „Es wird eine flächendeckende Betriebs- bzw. Vollkostenrechnung brauchen. Die Einführung einer solchen Rechnung ist in Vorbereitung und soll ab Inbetriebnahme des neuen Werkhofs eingesetzt werden.“
 5. Zu den Optimierungsmöglichkeiten: Im Bereich der Beschaffungen werden bereits heute Optimierungen angestrebt, so gibt es z.B. eine gemeinsame Hebebühne oder ein gemeinsam genutztes Silo im Leimental.
Zu internen Optimierungen: Die Zusammenfassung des ganzen Binninger Werkhof-Teams an einem Standort ist wegen der fehlenden räumlichen Kapazität nie ernsthaft verfolgt worden, ebenso nicht die Zusammenlegung der diversen Lagerstandorte, die es heute gibt, und die über ganz Binningen verteilt sind. Ferner gibt es am heutigen Standort Parkstrasse ein Problem wegen der zu knappen Verkehrsflächen. Ein Problem, das dort nicht behoben werden kann.
Die organisatorische Optimierung durch Bildung von Teams, wie sie im Organigramm, Beilage 3 zu Geschäft Nr. 62a dargestellt ist, braucht eine gewisse Grösse, die erst mit einem gemeinsamen Werkhof-Team Binningen-Bottmingen erreicht würde.
 6. In der erwähnten Machbarkeitsstudie – sie ist als Beilage zum BPK-Bericht für die ER-Sitzung vom März 2010 auf der Homepage aufgeschaltet – schreibt der Experte in der Zusammenfassung, dass „Werkhofgebilde für Kommunen in der Grössenordnung von 20'000 bis 40'000 Einwohner ideal sind. In diesen Werkhöfen kann analog einem mittleren Bauunternehmen geschaffert werden. Eine Kostenrechnung macht Sinn, der Personalführung kann genügend Rechnung getragen werden. Die Infrastrukturen sowie die Fahrzeuge und Maschinen können optimal ausgelastet werden.“
Zum Zusammenschluss mit Allschwil: Der Werkhof Allschwil hat Baujahr 1986/87. Er hat - gemäss Auskünften der zuständigen Verwaltungsstelle in Allschwil - derzeit keine Sanierung nötig, die auch bauliche Massnahmen für eine Zusammenlegung ermöglichen würde. Zudem beträgt allein die Distanz von Allschwiler Zentrum zum Binninger Zentrum auf dem Strassenweg rund 5 km. Zwischen Bottmingen Zentrum und Binningen Zentrum sind es hingegen rund 2,1 km.
 7. Eine Einkaufsgemeinschaft ist in Einzelfällen möglich und wird auch gehandhabt wie schon unter Punkt 5 gesagt. Allerdings gibt es schnell Grenzen, weil es in den Betrieben unterschiedliche Standards bei Fahrzeugen, Maschinen und Geräten gibt, unterschiedliche (Ersatz-)Beschaffungszeitpunkte und sich zeitlich überschneidende Einsatzzeiten bei den Fahrzeugen, Maschinen und Geräten.
Bei einem gemeinsamen Betrieb können der Beschaffungszeitpunkt, die Standards und die Einsatzzeiten optimiert werden.
Zu den Gebäude- und Standort-Kosten an der Parkstrasse, ebenfalls noch Frage 7:
Ohne Investitionen im sechsstelligen Bereich werden keine wesentlichen Veränderungen im Angebot und Betrieb an der Parkstrasse und den Aussenstationen möglich sein; vergleiche auch Antwort 5.

8. Eine sehr hypothetische Frage. Der Preis für das Land an der Parkstrasse wird sich aufgrund von einer Ausschreibung ergeben. Für die Beantwortung der Frage 8 müssen also Annahmen getroffen werden: Ein Landpreis von z.B. CHF 1'000/m² für den Birkenweg ergäbe bei ansonsten unveränderten Parametern neu Landkosten insgesamt von CHF 6 Mio. statt 4,7 Mio.
Gesamtkosten für das Projekt von CHF 14,4 Mio. statt 13,1 Mio.
Gesamtkosten für Binningen von CHF 8,9 Mio. statt 8,1 Mio.
In Cash würden somit CHF 2,9 Mio. statt 3,4 Mio. anfallen.
Mit einem höheren Landpreis würden aber die Abschreibungskosten um CHF 1,3 Mio. steigen und im gleichen Umfang auch die Betriebskosten, und die müssten aufgrund der aktuellen Kostenstruktur wiederum zu 2/3 durch die Binninger Einwohnerkasse getragen werden. Selbstverständlich würden solche Preisänderungen das Einverständnis der Gemeinde Bottmingen erforderlich machen.
→ (Binningen hat heute ca. doppelt so hohe Werkhofkosten wie Bottmingen.)
9. Ja, diese Parzelle ist auch geprüft worden. Die gesamte Parzelle ist allerdings mit 3195 m² rund 300 m² kleiner als die heutige an der Parkstrasse mit 3473 m². Im Vergleich zum Projekt am Birkenweg würden die Kosten fürs Land in der dortigen Gewerbezone ohnehin deutlich höher ausfallen. Ferner: Eine direkte Zufahrt – mit neuem Bahnübergang (!) - scheint nicht realistisch.
10. Es sind insgesamt CHF 35'000.- externe Kosten für die Machbarkeitsstudie, die Studienprojekte der Fachhochschule (Institut für Architektur) und Projektunterstützung angefallen. Diese Kosten werden hälftig von Binningen und Bottmingen getragen. Die internen Kosten betragen rund 400 Stunden.
11. Der Birkenweg erschliesst schon heute das Areal. Im Rahmen der Ortsplanungsrevision ist - unabhängig von der Nutzung des Areals – der Birkenweg als Erschliessungsweg in den Strassennetzplan aufgenommen worden. Der ER hat den Strassennetzplan im April 2010 beschlossen. Der Plan ist jetzt beim RR zur Genehmigung.
Bauliche Anpassungen wie eine Verbreiterung sind für den Birkenweg nicht nötig und nicht vorgesehen, da die Haupteerschliessung über die Bottminger Wuhrmattstrasse geplant ist und nicht über den Birkenweg.
12. Eine Umweltverträglichkeitsanalyse ist für den geplanten Werkhof nicht nötig; sie kann aber bei Bedarf in die weiteren Planungsarbeiten einbezogen werden.
13. Wie im Geschäft Nr. 62, in Ziffer 3.4. festgehalten, werden die Betriebskosten voraussichtlich aufgrund vom effektiven Leistungsbezug verrechnet. Damit können auch qualitativ und quantitativ unterschiedliche Leistungen für die einzelne Gemeinde differenziert verrechnet werden.

Antwort auf Anfrage Gerber (Nr. 148) betreffend Altlasten auf dem Areal Parkstrasse

Die Parzelle vom Werkhof an der Parkstrasse ist aufgrund der Tatsache, dass heute ein Werkhof darauf steht, als Altlasten-Verdachtsfläche im Kataster aufgeführt; dies übrigens wie jede Werkhof-Parzelle oder auch wie jedes Grundstück, auf dem eine Autogarage oder Ähnliches steht.

Antworten zur Anfrage Moos (Nr. 150)

Hier geht es um das Rasen-Spielfeld beim Mühlematt-Schulhaus.

Einleitend sei nochmals festgehalten, dass die effektive Grösse des Spielfeldes noch nicht bestimmt ist. Das wird sich aufgrund des Wettbewerbsergebnisses ergeben. Die 800 m² sind also eine Minimalvorgabe der Primarschulleitung. Der Primarschulleitung ist mitgeteilt worden, dass der Schule weiterhin ein flächenähnliches Spielfeld zur Verfügung stehen wird.

1. Die Anfrage, wie gross der Bedarf für den schulischen Betrieb ist, ist an die Primarschulleitung und den Schulhaus-Vorstand gestellt worden, die hat auch geantwortet. Im Primarschulrat hat über die Frage des Spielfeldes keine Abstimmung stattgefunden. Die

Behandlung von Raumfragen zählt nicht zu den gesetzlichen Aufgaben des Schulrates, die im Bildungsgesetz genau definiert sind.

2. Das Spielfeld wird am Mittwochnachmittag teilweise von der Leichtathletik-Riege (LAR) Binningen genutzt.

SVP: Fredy Gerber: Die Frage betr. Altlasten ist nicht so beantwortet, wie er es gern gehabt hätte.

Präsident Alex Achermann: Dies ist jetzt nicht der Ort für eine solche Rückfrage.

Ende Beantwortung von Anfragen

Schulfasnacht

Gemeinderätin Nicole Schwarz: macht auf die Schulfasnacht aufmerksam, die am Freitag, 4. März, zwischen 10 und ca. 13 stattfindet und verweist auf den aufliegenden Flyer. Sie lädt die Einwohner-ratsmitglieder ein, sich den Umzug anzuschauen.

Präsident Alex Achermann: Die nächste Sitzung fände am 4. April statt. Möglicherweise fällt sie mangels Geschäftsanfall aus. Der dann folgende Termin wäre der 23. Mai.

Ende der Sitzung um 22.00 Uhr